

Kap.3 Wir gestalten Niedersachsen - Chancengerecht und Solidarisch

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt: 2.4. Kapitel III - Wir gestalten Niedersachsen – Chancengerecht und Solidarisch

Antragstext

1 Gute Kinderbetreuung im ganzen Land

2 Bildung schafft die Grundlage für mehr Gerechtigkeit. Bildung eröffnet Chancen
3 für den beruflichen Aufstieg, ist eine zentrale Voraussetzung für
4 gesellschaftliche Teilhabe, stärkt damit unsere Demokratie und ist elementare
5 Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Leitziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6 sind daher sozial gerechte Zugangschancen zu Bildung.

7 Gute Krippen und Kindergärten sind entscheidend für die Förderung und
8 Unterstützung von Kindern und Familien. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass
9 sich Kinder entfalten können und ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken.
10 Zugleich bilden sie eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie
11 und Beruf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Krippen und Kindergärten zu Lern-
12 und Lebensorten entwickeln, in die Kinder gern gehen – und wo Erzieher*innen
13 gern arbeiten. Dafür brauchen wir nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch
14 eine Entlastung für die Erzieher*innen, damit sie genug Zeit haben, allen
15 Kindern gerecht zu werden.

16 Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ein
17 wichtiger Schritt, dennoch gibt es weiteren Bedarf am Ausbau von Plätzen, um
18 allen Kindern ein wohnortnahes Angebot machen zu können. Zudem haben aktuell
19 viele Familien nur einen Halbtagskindergartenplatz. Daher setzen wir uns für
20 eine schrittweise Ausweitung des Angebots ein – damit alle, die es wollen und
21 brauchen, eine gute Ganztagsbetreuung bekommen. Hierbei gilt es auch Menschen
22 mit besonderen Bedürfnissen zu berücksichtigen, beispielsweise Alleinerziehende
23 oder im Schichtdienst Arbeitende.

24 Wir werden zudem nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze, sondern vor allem die
25 Qualität der Angebote weiterentwickeln. Daher setzen wir uns für klare Standards
26 und ein Qualitätsmanagement für Kindertageseinrichtungen ein. Es müssen zudem
27 ausreichend räumliche Kapazitäten vorhanden sein. Zu einer guten Qualität gehört
28 für uns vor allem ein guter Betreuungsschlüssel. Unser zentrales Ziel ist es
29 daher, das Verhältnis von Pädagog*innen und Kindern kontinuierlich zu
30 verbessern. Um das zu erreichen, brauchen wir in den Kitas endlich einen
31 Stufenplan für eine echte dritte Kraft, die mehr ist als eine stundenweise
32 Ergänzung des Teams. Die Mitarbeitenden brauchen zudem mehr Verfügungszeiten,
33 damit sie den gestiegenen Anforderungen an den Bildungsauftrag, den Kindern und
34 den Eltern gerecht werden können.

35 Inklusion in Kitas vorantreiben – gute Förderung von Anfang an

36 Auch Krippen und Kindergärten erfüllen einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und
37 Förderung aller Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit. Die Umsetzung der Inklusion

38 muss endlich gesetzlich geregelt werden. Dafür schreiben wir in jeder Gruppe
39 eine heilpädagogische Expertise fest und starten hierfür eine
40 Fortbildungsoffensive. Unser Ziel ist es, flächendeckend Einrichtungen mit
41 barrierefreien Räumlichkeiten im gesamten Land zu erreichen. Ein Beitrag hierfür
42 ist die Festschreibung von Barrierefreiheit und eine behindertengerechte
43 Ausstattung bei Kita-Neuerrichtungen. Auch der Spracherwerb ist in
44 Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe. Er schafft die Grundlage für Teilhabe
45 und Förderung von Anfang an. Dafür müssen Sprachförderungs- und
46 Fortbildungsangebote weiter ausgebaut werden.

47 **Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln**

48 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Kitas bei der Weiterentwicklung zu
49 Familienzentren zu unterstützen. Familienzentren verbinden die frühkindliche
50 Bildung und Kinderbetreuung mit Familien- und Elternarbeit und schaffen einen
51 niedrighschwelligem Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, frühen Hilfen und
52 Beratungsangeboten. Hierdurch werden Zugangsmöglichkeiten von Familien zu
53 solchen Angeboten erleichtert, weil sie dort stattfinden, wo die Familien sind:
54 in den Kindertagesstätten. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir
55 Kooperationen zwischen Schulen und Familienzentren ermöglichen sowie (Grund-
56)Schulen die Möglichkeit geben, ebenfalls Familienzentren zu werden. Wir nutzen
57 Förderprogramme zur Gründung zusätzlicher Familienzentren und sichern bestehende
58 Familienzentren ab. Wir setzen uns für eine Gesetzesänderung ein, die die
59 Gründung und den Betrieb von Familienzentren erleichtert.

60 **Demokratie- und Umweltbildung stärken, Waldkindergärten ausbauen**

61 Demokratische Teilhabe, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und auch
62 kindgerechtes Beschwerdemanagement spielen in Kindertagesstätten zunehmend eine
63 Rolle. Diesen Trend wollen wir unterstützen, denn er ist wichtig, um die
64 Entwicklung von Kindern zu selbstbewussten und solidarischen Menschen zu
65 unterstützen. Wir GRÜNEN fördern Kitakonzepte, bei denen Umweltbildung eine
66 zentrale Rolle spielt. Durch die verdichtete Arbeitszeit und die vielen
67 Überstunden in den Kitas sind es gerade Fortbildungen und die Etablierung
68 solcher Konzepte, die darunter leiden. Daher wollen wir die Fachkräftesituation
69 deutlich verbessern und die Verfügungszeiten erhöhen. Waldkindergärten werden
70 wir künftig besser fördern. Die Gründung und den Betrieb von Waldkindergärten
71 wollen wir erleichtern, indem wir die Genehmigung von Öffnungszeiten an andere
72 Bundesländer anpassen.

73 **Fachkräftemangel begegnen, Erzieher*innen besser bezahlen**

74 Gute Betreuung und Förderung gibt es nur mit qualifizierten und fair bezahlten
75 Fachkräften. Ein wesentlicher Faktor für den Fachkräftemangel in diesem Bereich
76 ist die zu geringe Bezahlung für diese anspruchsvolle und wichtige Arbeit. Wir
77 GRÜNEN setzen uns daher dafür ein, eine armutsfeste Ausbildungsvergütung auf den
78 Weg zu bringen und die berufsbegleitende Ausbildung zu stärken.

79 Zudem wollen wir Wiedereinstiegs- und Umschulungsprogramme auf den Weg bringen,
80 um mehr Menschen einen Neu- oder Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf zu
81 ermöglichen. Hierzu gehört auch eine Erleichterung der Anerkennung ausländischer
82 Berufsabschlüsse, um Menschen mit Migrationsgeschichte mit entsprechenden
83 Berufskennntnissen den Weg in die Krippen und Kindergärten zu vereinfachen. Wir
84 sehen die Absenkung von Standards zur schnellen Fachkräftegewinnung kritisch und
85 lehnen Pläne und Diskussionen zu „Ausbildungen light“ ab. Auch die

86 Arbeitsbedingungen für Leitungsfunktionen müssen verbessert und zusätzliche
87 Verfügungsstunden und Qualifikationsangebote ermöglicht werden. Noch immer
88 ergreifen vorrangig Frauen soziale Berufe und nur wenige Männer werden
89 beispielsweise Erzieher. Wir wollen durch eine gendersensible Berufsorientierung
90 an Schulen, durch bessere Bezahlung und eine höhere gesellschaftliche
91 Anerkennung diese Berufe attraktiver machen. Vielen Fachkräften fällt es mit
92 zunehmendem Alter schwer, den Beruf weiter auszuüben, weil etwa die
93 Lärmbelastung oder das Wickeln körperlich sehr fordert. Wir werden deshalb das
94 Thema Fachkräfte im Alter angehen und Berufswege für ältere Fachkräfte
95 aufzeigen, um sie im Beruf zu halten.

96 **GRÜNE Politik macht Schule**

97 Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung
98 und Studium bis hin zu lebensbegleitenden Angeboten für Erwachsene – dürfen
99 dabei nicht vom finanziellen Rahmen oder der individuellen Herkunft abhängen.
100 Wir brauchen ein qualitativ hochwertiges und durchlässiges Bildungssystem, das
101 alle Menschen mitnimmt und optimal fördert.

102 Unser Ziel ist, dass jede*r Schüler*in einen guten Bildungsabschluss erreicht,
103 der den eigenen Fähigkeiten und Talenten entspricht. Deutschland hat im
104 internationalen Vergleich immer noch eines der ungerechtesten und sozial
105 selektivsten Schulsysteme: Das Elternhaus hat einen maßgeblichen Einfluss auf
106 die individuellen Bildungschancen. Die frühe Sortierung der Schüler*innen durch
107 das gegliederte Schulsystem, das zudem kaum durchlässig ist, steht einer
108 bestmöglichen individuellen Weiterentwicklung der Kinder im Wege.

109 Insbesondere zu Beginn der Corona-Pandemie waren es die Schüler*innen, die
110 besonders große Lasten tragen mussten: durch Schulschließungen und das damit
111 verbundene Aussetzen von Routinen, durch den zwischenzeitlichen Verlust ihres
112 sozialen Umfelds und von Lernangeboten. Wir stellen die Bedürfnisse der
113 Schüler*innen konsequent in den Mittelpunkt unserer Politik. GRÜNE Politik in
114 Niedersachsen setzt auf das Konzept einer neuen Schule, die längeres gemeinsames
115 Lernen ermöglicht und die als attraktive Ganztagschule Freiräume für
116 individuelles Lernen, für soziales Lernen und die persönliche Entwicklung der
117 Kinder und Jugendlichen in einem guten Lernumfeld bietet. Am besten verwirklicht
118 sehen wir dieses bildungspolitische Ziel im Konzept der Integrierten
119 Gesamtschulen, die wir daher ausbauen und stärken werden.

120 Gute Schulpolitik ist dabei auch eine Ressourcenfrage: Unser Ziel ist es,
121 Schulen mit ausreichend gut ausgebildeten Lehrkräften zu versorgen und darüber
122 hinaus von den Gebäuden bis zur digitalen Infrastruktur so auszustatten, dass
123 sie ihrem Bildungsauftrag gerecht werden können. Zudem werden wir mit dem
124 Niedersachsenfonds die Kommunen unterstützen, Schulen zu sanieren und
125 aufzuwerten, um vor Ort ein attraktiveres Lernumfeld zu schaffen.

126 **Längeres gemeinsames Lernen für eine gerechte Schule**

127 Internationale Bildungsstudien kommen alle zum gleichen Ergebnis: Vom
128 gemeinsamen Lernen profitieren alle – lernstärkere genauso wie lernschwächere
129 Schüler*innen. Und dort, wo die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht
130 nur von oben nach unten – wie in unserem klassisch gegliederten Schulsystem
131 – sondern auch von unten nach oben funktioniert, haben Kinder, die zuhause nicht
132 so gut begleitet und gefördert werden können, deutlich bessere Chancen. Schule
133 muss Chancen eröffnen, die eigenen Begabungen zu erkennen und weiterzuentwickeln

134 und auf gezielte individuelle Förderung setzen. Für uns ist das längere
135 gemeinsame Lernen ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben, um Schüler*innen
136 alle Bildungsoptionen offenzuhalten und das Von- und Miteinanderlernen zu
137 befördern. Hierzu werden wir insbesondere die Integrierten Gesamtschulen weiter
138 stärken und auch die Gymnasien durchlässiger gestalten. Zudem müssen alle Wege
139 der schulischen Laufbahn möglichst lange offengehalten werden.

140 **Damit der Übergang klappt**

141 Gute Übergänge zwischen Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen
142 sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Bildungswege. Auch hier
143 profitieren alle von längerem gemeinsamen Lernen. Daher setzen wir uns in
144 Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von Integrierten Gesamtschulen um
145 Primarstufen ein, um gemeinsames Lernen an einer Schule von der ersten bis zur
146 dreizehnten Klasse zu ermöglichen. In diesem Sinne unterstützen wir auch
147 Initiativen, die beispielsweise Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen
148 weiterentwickeln. Zudem setzen wir uns dafür ein, Schulverbünde weiter
149 voranzutreiben, um gemeinsame Oberstufen oder eine gemeinsame Schule von Klasse
150 eins bis dreizehn zu führen. Insbesondere im ländlichen Raum bietet dies auch
151 die Möglichkeit, wohnortnahe Schulen zu halten und zu Familienzentren
152 weiterzuentwickeln.

153 **Ressourcen gerecht verteilen**

154 In Niedersachsen sind gerade die Schulen schlecht ausgestattet, die besonders
155 viele Schüler*innen haben, die intensiv begleitet werden müssen. Die
156 Unterrichtsversorgung an Haupt- und Oberschulen, aber auch an Grund- und
157 Gesamtschulen ist nicht ausreichend, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Diesem
158 Trend werden wir entgegenwirken und gerade die Schulen besonders ausstatten, die
159 pädagogisch herausfordernde Arbeit leisten müssen. Über einen Sozialindex wollen
160 wir deshalb genau diese Schulen personell verstärken und damit auch ihre
161 Attraktivität erhöhen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine kostenlose Bildung von
162 Anfang an ein. Daher streben wir an, in Niedersachsen die Lernmittelfreiheit
163 einzuführen – insbesondere im Bereich der digitalen Medien.

164 **Lernen im eigenen Takt**

165 Bildungsforschung hat hinreichend belegt, dass unterschiedliche Kinder
166 verschiedene Lernwege benötigen, um zum Ziel zu kommen. Lerndiagnostik,
167 Lernberatung und Lernbegleitung müssen die zentralen Aufgaben für gut
168 ausgebildete Lehrer*innen sein. Damit Schüler*innen Raum für ein
169 selbstbestimmtes Lernen gegeben werden kann, steht für uns das Lernen im eigenen
170 Takt im Mittelpunkt, d. h. im eigenen Tempo und mit individualisierten Wegen
171 bei der Weiterentwicklung von Schule. Wir GRÜNEN möchten jahrgangsübergreifendes
172 Lernen in allen Jahrgängen ermöglichen – auch an den weiterführenden Schulen. Um
173 dafür mehr Raum zu geben und Schulstress entgegenzuwirken, war die noch unter
174 GRÜNER Regierungsbeteiligung erreichte Abschaffung des sogenannten Turboabiturs
175 ein wichtiger Schritt. Darauf aufbauend setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass
176 der Weg zum Abitur noch individueller gestaltet werden kann. Wir möchten es
177 Schulen ermöglichen, ein Abitur im eigenen Takt anzubieten, indem Schüler*innen
178 ihren Stundenplan selbst gestalten und organisieren können und somit noch besser
179 auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden. Das setzt ein grundsätzlich
180 anderes Verständnis des Lehrer*innenberufs voraus und wird eine wesentliche
181 Veränderung der Lehrer*innenausbildung mit sich bringen.

182 Sitzenbleiben und erzwungene Schulwechsel (Abschulung) sind individuelle
183 Erfahrungen des Misserfolgs, die sich in aller Regel negativ auf den weiteren
184 Bildungsweg auswirken. Wie es in den meisten anderen europäischen Ländern der
185 Fall ist, wollen auch wir darauf verzichten. Hier gilt es, die Gymnasien stärker
186 in die Verantwortung zu nehmen, aufgenommene Schüler*innen bis zum Sek I-
187 Abschluss zu begleiten und zum Erfolg zu führen, um die derzeit übliche
188 Abschulungswelle nach Klasse sechs zu brechen.

189 Solange Abschulungen durchgeführt werden, ist es entscheidend, strukturell die
190 Schulen zu stärken, die abgeschulte Kinder aufnehmen. Gerade die Integrierten
191 Gesamtschulen arbeiten jedes Jahr aufs Neue mit Kindern, die Scheitern und einen
192 Bruch der eigenen Bildungsbiographie verarbeiten müssen. Diese kommen dann in
193 überfüllte Klassen, deren Lehrkräfte kaum Kapazitäten haben, das aufzufangen.
194 Integrierte Gesamtschulen wirken bereits unabhängig von diesem Effekt als
195 Lernort einer sehr heterogenen Schüler*innenschaft mit sehr unterschiedlichen
196 Lernständen und Fähigkeiten. Daher sollte diese Schulform generell mit kleineren
197 Klassen beginnen – in dem Wissen, dass sie im Laufe der Schulzeit noch Kinder
198 aufnehmen werden und auch diesen gerecht werden müssen. Bei der Gründung von
199 Gesamtschulen muss dieser Effekt planerisch künftig stärker berücksichtigt
200 werden.

201 **Schulen in ihrem Engagement unterstützen – pädagogische Freiräume schaffen**

202 Eine gute Schule mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung lebt von
203 pädagogischen Freiräumen durch Projekte, fächerübergreifendes Lernen,
204 selbstbestimmte Lernzeiten und von Angeboten für soziales Lernen. Wir GRÜNEN
205 setzen uns dafür ein, diese Freiräume weiter auszubauen. Viele Schulen haben
206 sich bereits auf den Weg gemacht, sich durch erhebliches eigenes Engagement so
207 zu verändern, dass sie diesen Ansprüchen gerecht werden. Dieses Engagement
208 wollen wir unterstützen und die schulbürokratischen Regelungen so verändern,
209 dass sie dieses Engagement unterstützen und nicht behindern. Über die Einführung
210 von Modellschulen werden wir zudem die Eigenverantwortlichkeit von Schulen
211 ausbauen und ihnen in den Bereichen Personal, Lern- und Lehrinhalte sowie
212 jahrgangs- und fächerübergreifendes Arbeiten mehr Gestaltungsspielräume geben.
213 Auch bei der bisherigen Praxis der Noten und Schullaufbahneempfehlungen benötigen
214 Schulen mehr Möglichkeiten in der Bewertung, um die individuelle Förderung auch
215 durch aussagekräftige Rückmeldung zu unterstützen. Perspektivisch wollen wir
216 Schulen ermöglichen, bis Jahrgangsstufe 7 auf Noten verzichten zu können.

217 **Inklusive Schulen weiterentwickeln**

218 Teilhabe ist für uns GRÜNE zentraler Wert. Sie sichert grundlegende Rechte und
219 macht alle Menschen zu einem Teil unserer Gesellschaft. Die UN-
220 Behindertenrechtskonvention ist für uns die Leitlinie einer inklusiven Politik.
221 Wir treiben Inklusion in allen Bereichen voran und beenden die fortdauernde
222 Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Den laufend aktualisierten Aktionsplan
223 des Landes entwickeln wir weiter und bauen die Teilhabeberichterstattung aus.
224 Das entstehende Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit soll auch für
225 zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen ansprechbar sein.

226 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Teilhabe aller Schüler*innen ein –
227 egal, ob diese Beeinträchtigungen haben, eine Migrationsgeschichte vorweisen,
228 aus weniger bildungsstarken Elternhäusern kommen oder hochbegabt sind. Schulen
229 müssen heutzutage mit vielfältigen Herausforderungen umgehen. Dies kann nur in
230 inklusiven Schulen gelingen. Die inklusive Schule sucht nach neuen Wegen und

231 Lösungen, um den Ansprüchen der Kinder gerecht zu werden und Teilhabebarrieren
232 abzubauen. Sie ist damit konsequenter Bestandteil individualisierter Pädagogik,
233 die die individuellen Voraussetzungen jedes Kindes und die unterschiedlichen
234 Bedürfnisse im Unterricht in den Blick nimmt.

235 Die Weiterentwicklung der Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und
236 bezieht alle Schulformen ein. Wir wollen alle Schulen, die bereits inklusiv
237 arbeiten, gezielt unterstützen, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können.
238 Dazu gehört vor allem die personelle, aber auch die Sachausstattung, ebenso wie
239 die Schaffung von klaren rechtlichen Vorgaben sowie eindeutige
240 Aufgabenzuordnungen der an Regelschulen eingesetzten sonderpädagogischen
241 Fachkräfte, die inklusives Arbeiten ermöglichen. Die Tatsache, dass Jugendliche
242 an Realschulen noch immer keinen Hauptschulabschluss nach der zehnten Klasse
243 machen können, benachteiligt viele Schüler*innen, die keine Förderschule mehr
244 besuchen. Diese und weitere Hemmnisse wollen wir GRÜNEN zugunsten des inklusiven
245 Arbeitens abbauen.

246 Wir werden zur strukturellen Stärkung aller inklusiv arbeitenden Schulen die
247 sonderpädagogische Grundversorgung an weiterführenden Schulen einführen.
248 Sonderpädagog*innen sollen an den allgemeinbildenden Schulen zu einem festen
249 Bestandteil werden. Auch andere Berufsgruppen werden an inklusiven Schulen
250 gebraucht: wie etwa Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen, Erzieher*innen und
251 Schulsozialarbeiter*innen, aber auch Handwerker*innen und Krankenpflegekräfte.
252 Deshalb wollen wir die Multiprofessionalität an Schulen ausbauen und auch für
253 unterschiedliche Fachkräfte beispielsweise aus dem therapeutischen Bereich
254 ausweiten. Darüber hinaus sind berufsbegleitende Qualifizierungen, ein Ausbau
255 systemischer Unterstützung und soziale Arbeit in jeder Schule der Weg, Schulen
256 personell gut aufzustellen und strukturell zu stärken. Noch immer werden
257 therapeutische Fachkräfte an Schulen schlechter bezahlt und neue therapeutische
258 Fachkräfte können nur erschwert eingestellt werden. Fachkräfte werden durch
259 fehlende Stundenaufstockungen zudem in sogenannter Zwangsteilzeit beschäftigt.
260 Das wollen wir beenden.

261 Da die Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen ein langer Prozess
262 ist, der nicht überall gleichermaßen reibungslos gelingt, gibt es immer wieder
263 Problemanzeigen, Überforderung und Kinder, die derzeit unter die Räder geraten.
264 Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Regionalzentren für schulische Inklusion
265 stärken und an allgemeinbildenden Schulen verankern sowie in ein regionales,
266 niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungssystem überführen. Bis diese
267 Struktur funktioniert und aufgebaut ist, setzen wir uns übergangsweise für
268 Ombudsstellen ein, die den Auftrag erhalten, die Kinder zu unterstützen und für
269 die Familien funktionierende Lösungen zu finden, die derzeit an Schulen unter
270 die Räder geraten, weil ihren Bedarfen nicht Rechnung getragen wird.

271 **Diversität fördern**

272 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass sich unsere Schulen in ihren Angeboten
273 noch stärker als bisher auf eine vielfältige Gesellschaft einstellen. Dazu zählt
274 das Abbilden der gesellschaftlichen Lebensrealitäten in den einzelnen
275 Schulfächern ebenso wie das Fördern der Mehrsprachigkeit. Es ist an der Zeit,
276 dieser Tatsache auch im Unterrichtsangebot Rechnung zu tragen. Dazu wollen wir
277 die Kompetenzen in den Erstsprachen fördern und anerkennen, Mehrsprachigkeit für
278 alle Kinder auch im Unterricht mitdenken und die Vielfalt unter den Lehrkräften
279 vorantreiben. Eine Erhebung kann helfen, um einen Überblick über den

280 Sprachenreichtum an unseren Schulen zu kennen und damit zu arbeiten. Zur
281 Förderung der Mehrsprachigkeit wollen wir GRÜNEN vermehrt schulübergreifende
282 Angebote auf den Weg bringen, um mehr Kinder zu erreichen. Um mehr Fachkräfte
283 für Angebote des Herkunftssprachlichen Unterrichts zu gewinnen, wollen wir im
284 Ausland erworbene Abschlüsse schneller anerkennen und ein Studienangebot für
285 Herkunftssprachlichen Unterricht etablieren. Auch die Angebote zur
286 Sprachförderung müssen weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Wir setzen uns
287 dafür ein, dass Antidiskriminierung an Schule gelebt wird und Vielfalt im
288 Miteinander selbstverständlich im Unterricht und in Unterrichtsmaterialien eine
289 Rolle spielt. Hierzu zählt auch, dass Geschlechterstereotype überwunden werden.
290 Das spielt vor allem im Bereich der Berufsorientierung eine zentrale Rolle. Auch
291 heute noch werden bestimmte Berufe vorrangig von Männern oder Frauen gewählt.
292 Dieses Muster wollen wir durchbrechen.

293 Wir wollen, dass Schulen ihre Vielfalt leben und das Miteinander gestalten.
294 Viele Schulen machen sich bereits Gedanken, wie sie Vielfalt aktiv gestalten und
295 ein respektvolles Miteinander an ihrer Schule unterstützen können. Diese
296 Entwicklung wollen wir befördern. Zur Umsetzung der dritten Option an Schulen
297 und zur Stärkung der Sichtbarkeit von unterschiedlicher sexueller und
298 geschlechtlicher Identität werden wir SCHLAU Niedersachsen weiter fördern und
299 uns für Ansprechpersonen für LSBTIQ einsetzen, um die Schulen zu unterstützen.

300 **Ganztagschulen ausbauen**

301 Die Ganztagschule ist zentraler Bestandteil eines gerechten und guten
302 Schulsystems, damit alle Schüler*innen bestmöglich gefördert werden und an
303 vielfältigen Angeboten partizipieren können. Wir möchten keinen „Ganztage light“,
304 der als Verwahrestation für Schüler*innen am Nachmittag fungiert. Unser Ziel ist
305 stattdessen ein gebundenes, qualitativ hochwertiges Ganztagschulkonzept, bei
306 dem durch einen rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit,
307 kreativen Phasen und Angeboten mit außerschulischen Akteur*innen sinnvoll
308 aufeinander abgestimmt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, alle Schulen zu
309 Ganztagschulen an vier Tagen die Woche von acht bis fünfzehn Uhr mit einem
310 pädagogischen Betreuungsangebot auszubauen.

311 **Guter Ganztage durch mehr Qualität, bessere Ernährung, Bewegung und Vernetzung 312 mit Vereinen**

313 Wir wollen die Qualität der Ganztagschulen weiter erhöhen. Dazu gehören
314 qualifiziertes und engagiertes Lehrpersonal, eine gute Architektur und
315 Ausstattung mit Infrastruktur und Lehrmaterial sowie verlässliche und
316 kontinuierliche Unterrichtsangebote und eine gute Vernetzung innerhalb ihres
317 räumlichen Umfeldes. Hierbei sind dauerhafte Kooperationspartner und eine
318 Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe auf Augenhöhe unabdingbar. Diese
319 Kooperationspartner, wie Musikschulen, Künstler*innen, Jugendverbände und
320 Sportvereine, brauchen dafür ebenso wie die Schulleitungen klare und
321 verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung und
322 Kooperation ermöglichen. Insbesondere ausreichend Bewegungsangebote sind
323 wichtig, wenn Kinder den ganzen Tag in der Schule sind. Wir setzen uns deshalb
324 für tägliche Bewegungszeiten in der Schule ein. Gleichzeitig benötigen
325 Ganztagschulen Rückzugsräume und die Möglichkeit für Ruhephasen, da nicht jedes
326 Kind gleichermaßen kontaktfreudig und ausdauernd ist. Die vielen Horte, die
327 derzeit ergänzende und attraktive Angebote machen, sollten im Prozess des
328 Ganztagschulausbaus mitgedacht und integriert werden. Die Weiterentwicklung von

329 Schulen zu Familienzentren ermöglicht es, Beratungs- und Unterstützungsangebote
330 dort zu machen, wo die Familien sind: in der Schule (s. Familienzentren).

331 Durch den Ausbau der Ganztagschulen hat auch die gesunde Ernährung der Kinder
332 und Jugendlichen in den Schulen eine größere Bedeutung bekommen. Deshalb werden
333 wir ein Landesprogramm für gutes Schulessen auf den Weg bringen, um Kommunen
334 finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind – insbesondere auch diejenigen
335 aus einkommensschwachen Haushalten – an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus
336 gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bioanteil
337 erhalten kann. Eine Kooperation zwischen Berufsbildenden Schulen in den
338 Bereichen Kochen und Hauswirtschaft sowie mit Werkstätten, die in dem Bereich
339 ausbilden, wollen wir vorantreiben. Damit schaffen wir Ausbildungsplätze und
340 Synergien schaffen.

341 **Schulen sollen die schönsten Orte sein – Digitalisierung vorantreiben**

342 Wie bei vielen anderen öffentlichen Gebäuden auch wurde in den letzten
343 Jahrzehnten bei der Sanierung und Modernisierung der Schulen gespart. Die
344 Konsequenz sind teilweise marode Gebäude, die nicht barrierefrei sind, die
345 Schultoiletten haben, die niemand betreten möchte und die den Ansprüchen an
346 gutes Lernen und Lehren nicht gerecht werden. Die Kommunen haben begonnen,
347 diesen Trend umzukehren, haben aber allein nicht die finanzielle Kraft, die
348 Erfüllung der riesigen Bedarfe kurzfristig zu stemmen. Mit dem
349 Niedersachsenfonds wollen wir auch in die energetische Sanierung und
350 Modernisierung der Schulen investieren und hier die Kommunen unterstützen. Ziel
351 muss es sein, die Bedarfe der Schule einmal grundsätzlich anzugehen, anstatt
352 teure Flickschusterei zu betreiben. In dem Zusammenhang setzen wir uns dafür
353 ein, dass Bund, Land und Kommunen hier gemeinsam vorangehen und als Lehre aus
354 der Pandemie auch die Belüftungssituation sowie Hygieneanforderungen mitdenken.

355 Die Digitalisierung an Schulen läuft ebenso schleppend voran und die Schulen
356 werden bei der Etablierung von digitalen Angeboten nicht ausreichend unterstützt
357 und begleitet. Wir wollen dazu beitragen, dass die Mittel des Digitalpakts
358 schneller an den Schulen ankommen. Digitalisierung ist hierbei kein Selbstzweck,
359 sondern ein Werkzeug, dass Unterricht in Teilen leichter, abwechslungsreicher
360 und attraktiver machen kann. Dies gilt es pädagogisch einzubetten und zielgenau
361 anzuwenden. Anders als andere Bundesländer hat Niedersachsen weder ein Institut
362 noch Digitalprofessuren, um die Digitalisierung an Schulen zu begleiten und in
363 Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker zu berücksichtigen. Das gilt es zu ändern.
364 Auch die Problematik der IT-Administration muss dringend gelöst werden, indem
365 hier mit den Kommunen eine Lösung entwickelt wird und beispielsweise eine
366 Ausbildung IT-Administration in der Schule eingeführt wird, um auch Fachkräfte
367 zu gewinnen.

368 **Nachhaltige Entwicklung als Bildungsziel**

369 Die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine der Zukunftsaufgaben
370 des 21. Jahrhunderts. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung und dem globalen
371 Lernen kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Wir GRÜNEN möchten diese deshalb in
372 Niedersachsen weiter stärken. Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales
373 Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die
374 Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt
375 werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und
376 globales Lernen in Kitas sowie in Schulen in den Lehrplänen fest zu verankern
377 und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern.

378 Außerschulische Lernorte und Projekte sind hierbei ein wichtiger Bestandteil, um
379 vielfältige Angebote zu machen. Deshalb wollen wir diese stärken und auch Eine-
380 Welt-Promotor*innen weiter unterstützen (vgl. Niedersachsen in Europa und der
381 Welt).

382 **Lehrer*innen unterstützen und Schulqualität sichern**

383 Die Zeit der Corona-Pandemie hat eindrucksvoll aufgezeigt, welchen Beitrag
384 Lehrer*innen für unsere Gesellschaft leisten. Tagtäglich engagieren sie sich mit
385 den Schüler*innen und für die Schüler*innen. Sie entwickeln Schulen aktiv weiter
386 und machen sie besser. Die Anforderungen an die Lehrer*innen haben sich in den
387 letzten Jahrzehnten gewandelt und deutlich erhöht. Viele Reformen der
388 Schulpolitik haben zu einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrer*innen geführt.
389 Eine Schule, die unseren Vorstellungen von gutem Lernen entspricht, erfordert
390 mehr und bestausgebildete Lehrer*innen. Diesen Anforderungen wollen wir GRÜNEN
391 gerecht werden und sowohl die Ausbildung als auch die Rahmenbedingungen im Beruf
392 verbessern. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im
393 Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und
394 gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet. Bislang gab es keine ernsthafte
395 Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Arbeitszeitkommission. Das wollen wir
396 ändern und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Weg
397 bringen, wie etwa eine Anpassung der Altersermäßigung.

398 Noch immer werden Lehrer*innen an Grund- und Hauptschulen schlechter bezahlt und
399 schlechtergestellt als an anderen Schulformen. Wir möchten erreichen, dass auch
400 Grund-, Haupt-, Real- und Oberschullehrer*innen in der Regel nach A13 bezahlt
401 werden. Spätestens mit der Neustrukturierung der Masterstudiengänge für die
402 Lehrämter an Grundschulen sowie an Haupt- und Realschulen (GHR300) ist diese
403 Bezahlung zudem rechtlich geboten. Darüber hinaus brauchen auch diese
404 Schulformen Funktionsstellen – eine stellvertretende Schulleitung von
405 Grundschulen beispielsweise ist überfällig. Schulleitungen haben an Schulen eine
406 zentrale Funktion und brauchen deswegen ein eigenes Berufsbild. Wir setzen uns
407 daher dafür ein, dass Schulleitungen noch besser auf die Übernahme von
408 Leitungsaufgaben vorbereitet werden. Es sollen zielgerichtete
409 Weiterbildungsangebote für Nachwuchsführungskräfte zur Verfügung stehen. Hierzu
410 zählen auch Möglichkeiten zu Begleitung, Supervision und Coaching.

411 Wir GRÜNEN setzen uns für den Aufbau einer niedrigschwelligen, regionalen
412 Beratungs- und Unterstützungsstruktur in ganz Niedersachsen ein, damit die
413 zahlreichen Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Lehrer*innen ankommen. Wir
414 treiben die Schulevaluation und Qualitätsentwicklung der Schulen voran und bauen
415 sie aus – eigenverantwortliche und starke Schulen funktionieren am besten, wenn
416 diese Elemente ineinandergreifen. Gleichzeitig entlasten wir die Schulen von
417 Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten durch zusätzliches Personal –
418 insbesondere an kleinen Grundschulen. Über eine Aufstockung von
419 Schulverwaltungs Kräften und mehr schulische Sozialarbeit sowie mit dem gezielten
420 Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter*innen kann Schule den Anforderungen besser
421 gerecht werden.

422 **Den Fachkräftemangel gezielt angehen**

423 Unser Ziel ist es, für alle Schulen ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen und damit
424 die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund eines
425 erheblichen Fachkräftemangels werden viele Maßnahmen zur Besserstellung und
426 Entlastung von Lehrkräften ebenso wie die Umsetzung schulpolitisch überfälliger

427 Reform- und Qualitäts-verbesserungsvorhaben nicht kurzfristig gelingen, sondern
428 müssen in Stufenplänen erfolgen. Umso wichtiger ist es, den Fachkräftemangel
429 nicht schönzurechnen, sondern aktiv anzugehen. Hierzu führen wir eine ehrliche
430 Lehrkräftebedarfsanalyse durch, die auch geplante und absehbare Reformvorhaben
431 mitberücksichtigt. Die verstärkte Ausbildung von Lehrkräften und
432 Sonderpädagog*innen muss vorangetrieben werden. Darüber hinaus setzen wir uns
433 für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein.

434 Da das Nachsteuern viele Jahre in Anspruch nehmen wird, wollen wir in der
435 Übergangszeit verstärkt den Ausbau multiprofessioneller Teams vorantreiben. Wenn
436 in der Prognose derzeit jede fünfte Lehrkraft Quereinsteiger*in sein wird, dann
437 macht das deutlich, dass die Situation des Lehrkräfteangebotes einem großen
438 Wandel ausgesetzt ist. Schule wird sich dadurch verändern – das muss aktiv
439 gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, den Quereinstieg besser
440 vorzubereiten und durch eine echte Ausbildungs- und Vorbereitungsphase zu
441 gestalten. Gleichzeitig sollen Schulen den Freiraum bekommen, anderes Personal
442 hinzuzuziehen, solange nicht ausreichend Lehrkräfte zur Einstellung verfügbar
443 sind. Dadurch gewährleisten wir, dass Schulen eigenverantwortlich planen können.

444 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Ausbildung von Lehrer*innen zu reformieren,
445 um sie besser auf die veränderten und wachsenden Herausforderungen des Berufs
446 vorzubereiten. Dafür ist es erforderlich, Lehrer*innen nicht länger nach
447 Schulformen getrennt auszubilden, sondern orientiert an Jahrgangsstufen. Hierzu
448 gehört auch, das Studium der Sonderpädagogik in dieses Stufenmodell stärker
449 einzubeziehen. Darüber hinaus werden wir eine Qualifizierungsoffensive für guten
450 Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrer*innen auf die Herausforderungen einer
451 individualisierten und inklusiven Pädagogik gut vorzubereiten. Die
452 Lehrer*innenbildung muss in beiden Ausbildungsphasen noch stärker an den
453 Bedürfnissen der integrativ arbeitenden Schulen ausgerichtet werden. Hierfür
454 schaffen wir die Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der
455 fächerübergreifende und projektorientierte Ansatz dieser Schulen in die
456 Ausbildung einfließt.

457 Sonderpädagog*innen haben in den vergangenen Jahren einen Großteil der Reformen
458 hin zur Inklusion getragen. Ihr Berufsbild hat sich dabei nachhaltig geändert.
459 Wir wollen die Anerkennung ihrer Fachkompetenz als Spezialist*innen der
460 Inklusion an den Schulen stärken, ihre Rolle klarer definieren und ihre
461 beruflichen Entwicklungsperspektiven ausbauen.

462 **Schule als demokratisches System**

463 Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung
464 der Schüler*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, verbessert wird.
465 Demokratie lernen heißt auch Demokratie leben. Hier setzen wir uns dafür ein,
466 eine demokratische Kultur an Schulen zu etablieren. Ob es nun die Einrichtung
467 von Schulplenen, das Initiativrecht im Schulvorstand, die Mitgestaltung der
468 Unterrichtseinheiten oder andere Formen der Beteiligung der Statusgruppen an
469 Schulen sind – wir GRÜNEN ermöglichen mehr Beteiligung an Schulen und fördern
470 diese durch flächendeckende Qualifizierungsangebote auch für Schüler*innen und
471 Eltern. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass Schüler*innen auch bei allen
472 schulpolitischen Entscheidungen auf den Ebenen der Schulträger, der
473 Schulbehörden und der Landespolitik einbezogen werden.

474 **Gute Ausbildung: Den Fachkräftemangel überwinden**

475 Die duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule ist ein
476 erfolgreicher Weg, um jungen Menschen berufliche Qualifizierung zu ermöglichen
477 und dem Fachkräftebedarf zu begegnen. Aktuell steht dieses Modell jedoch von
478 zwei Seiten zunehmend unter Druck: Aufgrund des demografischen Wandels nimmt die
479 Zahl der Schulabgänger*innen ab und gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen,
480 die sich für eine duale Ausbildung entscheiden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein,
481 den gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu verbessern.
482 Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern sowie dem Handwerk bringen wir
483 eine neue Initiative zur Fachkräftegewinnung auf den Weg. Unser Ziel ist es,
484 Betriebe und Berufsbildende Schulen dabei zu unterstützen, wirksame Konzepte zu
485 entwickeln, damit der Fachkräftenachwuchs gesichert wird.

486 Damit ausreichend Auszubildende gefunden werden können, bedarf es einer
487 Aufwertung der dualen Ausbildung. Hierzu gehört beispielsweise eine gute
488 Entlohnung für Auszubildende und eine bessere Unterstützungsinfrastruktur. Daher
489 setzen wir uns dafür ein, dass auch Auszubildende zukünftig mit einem
490 landesweiten 365-Euro-Ticket für Busse und Bahnen mobil sind (vgl. Mobil in
491 Niedersachsen). An den Berufsschulstandorten soll es für Auszubildende, die von
492 weiter weg anreisen, Modelle für bessere Unterbringungsmöglichkeiten, etwa
493 Azubiwohnheime, geben. Wir weiten die kostenfreie Schüler*innenbeförderung auf
494 die Schüler*innen der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden Schulen und der
495 Berufsbildenden Schulen aus. Für uns GRÜNE ist zudem nicht einsehbar, warum das
496 Masterstudium gebührenfrei ist, die Meisterausbildung im Handwerk aber bis zu
497 10.000 Euro kostet. Daher setzen wir uns für eine gebührenfreie
498 Meisterausbildung ein.

499 Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Studium und betrieblicher
500 Ausbildung verbessert werden. So gilt es, eine bessere Verzahnung mit dualen
501 Studienmöglichkeiten zu gestalten, damit Auszubildende neben dem
502 Ausbildungsabschluss auch einen Studienabschluss erreichen können (vgl.
503 Wissenschaft macht Zukunft). Hierbei setzen wir uns für flexible Modelle ein, um
504 beispielsweise Ausbildung und Studium gut aufeinander abstimmen und
505 beispielsweise mit Teilzeitmodellen zeitlich strecken zu können. Die Qualität
506 der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir durch eine unabhängige und
507 öffentlich finanzierte Stelle sichern, die betriebliche und schulische
508 Ausbildungsqualität evaluiert und bei Mängeln Maßnahmen empfiehlt. Gemeinsam mit
509 den Sozialpartnern sollen dazu Bewertungssysteme für die Qualität einer
510 Ausbildung entwickelt werden.

511 Nach wie vor ist der Anteil eines Jahrgangs, der ohne qualifizierten
512 Berufsabschluss auf den Arbeitsmarkt kommt, zu hoch – die Pandemie hat diese
513 Situation noch weiter verschärft. Zudem verlassen zu viele junge Menschen das
514 allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss. Hier wollen wir zum einen im
515 Schulbereich gegensteuern und zugleich die Berufsberatung ausbauen. Zum anderen
516 streben wir eine bessere Verzahnung der schulischen Bildung mit der dualen
517 Ausbildung sowie Qualifizierungen an, um alle Ausbildungsinteressierten auch in
518 die Lage zu versetzen, diese erfolgreich zu beginnen. Während auf der einen
519 Seite betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, gehen auf der anderen
520 Seite viele junge Menschen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle leer aus.
521 Das trifft vor allem Jugendliche mit niedrigem formalen Bildungsgrad und
522 Migrationsgeschichte. Wir begrüßen daher die Pläne der Ampelkoalition im Bund
523 für eine Ausbildungsgarantie, damit endlich alle jungen Menschen die Chancen auf
524 einen vollqualifizierenden Ausbildungsplatz erhalten. Wir wollen zudem dafür

525 sorgen, dass es sich für Unternehmen mehr lohnt auszubilden. Das in der
526 Baubranche bereits erfolgreich praktizierte Modell der Ausbildungsplatzumlage
527 wollen wir auf ganz Niedersachsen ausdehnen: Unternehmen, die nicht ausbilden,
528 zahlen in einen Fonds ein; Unternehmen, die ausbilden, erhalten pro
529 Ausbildungsplatz eine Prämie aus diesem Fonds.

530 Mehr denn je wird es auch zukünftig darauf ankommen, gezielt und effektiv
531 Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zur dualen Ausbildung zu
532 ermöglichen. Daher wollen wir SPRINT, das Sprach- und Integrationsprojekt der
533 Landesregierung für jugendliche Flüchtlinge, in den Regelschulbetrieb der
534 Berufsschulen überführen. Um junge Menschen mit schwierigen Ausgangsbedingungen
535 nicht weiter zu benachteiligen, schaffen wir die Kostenheranziehung für
536 Auszubildende, die in Pflegefamilien oder Kinder- und Jugendheimen untergebracht
537 sind oder waren, ab.

538 Die berufliche Bildung – von der Erstausbildung bis zur beruflichen Fort- und
539 Weiterbildung – muss sich auf den schnellen Wandel der Arbeitswelt einstellen.
540 Aufgaben und Anforderungen ändern sich grundsätzlich. Kompetenzen wie
541 Prozessmanagement und IT-Kenntnisse gewinnen an Bedeutung. Die Auszubildenden
542 benötigen hier zusätzliches Wissen, ohne dass bisherige Inhalte durch die
543 Digitalisierung überflüssig werden. Gerade kleine und mittelständische
544 Unternehmen, die in Niedersachsen mehr als drei Viertel aller Ausbildungsplätze
545 anbieten, wollen wir dabei unterstützen, diese zusätzlichen Kompetenzen zu
546 vermitteln. In Regierungsverantwortung haben wir GRÜNEN daher sogenannte Smart
547 Factories als Lernwerkstätten an Berufsbildenden Schulen eingerichtet, die an
548 den realen Produktionsbedingungen moderner, digital arbeitender Betriebe
549 ausgerichtet sind. Daran wollen wir anknüpfen und das Modell der Smart Factories
550 landesweit umsetzen.

551 **Berufsbildende Schulen**

552 Wir GRÜNEN setzen uns für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher
553 Bildung ein. Die berufliche Bildung steht in einem Flächenland wie Niedersachsen
554 vor der Herausforderung, wohnortnah qualitativ hochwertige Angebote zu erhalten.
555 Vor allem in den Berufsbildenden Schulen ist die Unterrichtsversorgung nach wie
556 vor unzureichend und droht, sich weiter zu verschlechtern. Um dem
557 Lehrer*innenmangel zu begegnen, starten wir eine Fachkräfteinitiative, um den
558 Lehrberuf an berufsbildenden Schulen für Quereinsteiger*innen aus Handwerk und
559 Industrie attraktiver zu machen. Insbesondere die Arbeitsbedingungen von
560 Fachpraxislehrer*innen wollen wir verbessern. Wir wollen erreichen, dass die
561 Fachpraxislehrer*innen in den Berufsschulen mit der Eingangsbesoldung A10
562 beginnen und die Aufstiegschancen besser werden. Gerade Fachpraxislehrer*innen
563 leisten in den Berufsschulen in der Verzahnung von Theorie und Praxis
564 hochqualifizierte pädagogische Arbeit. Zusätzlich wollen wir die
565 Studienplatzkapazitäten für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ausweiten, um
566 perspektivisch wieder mehr grundständig ausgebildete Berufsschullehrer*innen zu
567 haben. Wir befördern die niedersächsischen Berufsschulen mit einer
568 Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive endlich ins 21. Jahrhundert.
569 Diese Kraftanstrengung wollen wir gemeinsam mit den Kammern und den
570 Sozialpartnern zügig und konsequent angehen.

571 Die Ressourcen, die Berufsschulen bieten, wollen wir breiter als bisher nutzen:
572 Dazu wollen wir Berufsschulen zu Kompetenzzentren beruflicher Bildung
573 weiterentwickeln, um die Kapazitäten der Berufsschulen unterschiedlichen Gruppen

574 für Weiterbildungen und Umschulungen anzubieten. Da sich die Halbwertszeiten der
575 im Rahmen der Berufsausbildung erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten deutlich
576 verkürzen und sich die Anforderungen im Zuge der Digitalisierung in manchen
577 Berufen erheblich ändern, müssen wir den Arbeitnehmer*innen gezielte Angebote
578 machen, um sich rechtzeitig den verändernden Anforderungen anpassen zu können.
579 Damit die Berufsbildenden Schulen diesen neuen Anforderungen gerecht werden
580 können, statten wir sie deutlich besser aus. Gemeinsam mit den Berufsbildenden
581 Schulen wollen wir die Eigenständigkeit der regionalen Kompetenzzentren stärken.
582 Um Berufsschüler*innen die Grundlagen betrieblicher Mitbestimmung und
583 gewerkschaftlicher Arbeit näherzubringen, setzen wir uns dafür ein, dass
584 Gewerkschaften in den Berufsschulen über ihre Arbeit informieren können.

585 Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine
586 wichtige Arbeit und haben in Teilen eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir GRÜNEN
587 setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung auch im
588 Schulgesetz zu verankern, um rechtliche Verbindlichkeit und gute
589 Rahmenbedingungen zu definieren. Wir wollen die personellen und finanziellen
590 Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen
591 berufsbildenden Schulformen schaffen. Dafür ist eine entsprechende
592 Fortbildungsinitiative für Lehrer*innen und die Weiterentwicklung der
593 sonderpädagogischen Unterstützung notwendig. Die von der amtierenden
594 Landesregierung vorgenommene Streichung des Studiengangs Sonderpädagogik an
595 Berufsbildenden Schulen in Hannover war ein schwerer Fehler, den wir korrigieren
596 werden. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven
597 Lerngruppen beraten und unterstützt werden.

598 **Wissenschaft gestaltet Zukunft**

599 Wissen ist in unserem Land die entscheidende Ressource, um aktuelle und
600 zukünftige Herausforderungen erfolgreich anzugehen. Wissenschaft schafft
601 Innovationen, bietet Lösungsmöglichkeiten und zeigt neue Wege auf. Sie ist der
602 zentrale Schlüssel für das Gelingen des ökologisch-sozialen Umbaus und leistet
603 damit einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger wirtschaftlicher
604 Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Wohlstand. Unser Ziel ist es,
605 Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen
606 die nötigen Spielräume und die finanziellen Grundlagen bieten, um ihre
607 Potenziale zu entfalten.

608 **Verlässliche Hochschulfinanzierung**

609 Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die
610 Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle
611 Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer
612 Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschul-entwicklungsvertrages
613 unterlaufen, den Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen
614 verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte
615 Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden
616 Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt.
617 Hierzu gehört auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes-
618 und EU-Mitteln, damit niedersächsische Hochschulen an diesen bestmöglich
619 partizipieren können.

620 **Gebührenfreies Studium und gute Studienbedingungen**

621 Studiengebühren sind eine soziale Zugangshürde und verhindern
622 Chancengerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein gebührenfreies
623 Studium, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom Einkommen der Eltern
624 abhängig ist. Wir setzen uns für eine weitere Öffnung und mehr Diversität der
625 Hochschulen ein, um die nach wie vor skandalöse Abhängigkeit des Bildungserfolgs
626 von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dazu gehört, dass mehr Menschen,
627 insbesondere diejenigen, die nicht aus einer klassischen Akademiker*innenfamilie
628 stammen, ermutigt und dabei unterstützt werden, ein Hochschulstudium
629 aufzunehmen.

630 Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre.
631 Hierfür sind die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017
632 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um
633 die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die Studierenden
634 wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden
635 und sorgen dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der
636 Studienqualität und der Lehre eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für
637 die Bauunterhaltung kompensieren müssen.

638 Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken leistet als Nachfolger des
639 Hochschulpakts 2020 einen wichtigen Beitrag, um für bessere Studienbedingungen
640 zu sorgen und die Studienkapazitäten bedarfsgerecht zu gestalten. Unser Ziel ist
641 es, diese Finanzierung zu verstetigen und so insbesondere mehr Professor*innen
642 sowie weiteres unbefristetes Lehrpersonal an den Hochschulen zu ermöglichen,
643 damit eine dauerhafte Verbesserung des Betreuungsschlüssels erreicht werden
644 kann. Nicht zuletzt in der Pandemie haben die Hochschulen gezeigt, dass sie in
645 der Lage sind, auf neue Herausforderungen flexibel und schnell zu reagieren und
646 auch in der Lehre neue Wege zu gehen. Die Präsenzlehre muss auch zukünftig
647 zentraler Bestandteil der Hochschullehre sein. Wir wollen jedoch mehr Spielräume
648 für innovative Lehre schaffen, beispielsweise durch eine bessere Verknüpfung
649 analoger und digitaler Elemente. Hierzu gehört auch eine gute digitale
650 Ausstattung der Hochschulen sowie regelmäßige didaktische Weiterbildungen des
651 akademischen Personals.

652 Wir wollen die Anerkennung von guter Lehre in der Wissenschaftsförderung stärker
653 berücksichtigen. Außerdem planen wir, die Betreuungsverhältnisse zu evaluieren
654 und bei Bedarf nachzusteuern, um die Qualität auch in viel nachgefragten Fächern
655 und Studienschwerpunkten zu sichern. Studienangebote müssen mit den Lebens- und
656 Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Verschulte Strukturen passen
657 nicht zu einem selbstbestimmten Studienalltag. Wir wollen den Rahmen dafür
658 schaffen, dass ein Studium beispielsweise auch für Berufstätige sowie zur
659 Vereinbarkeit von Studium und Familie oder die Pflege von Angehörigen möglichst
660 flexibel und individuell gestaltet werden kann.

661 Noch immer ist die Zahl der Studienabbrecher*innen gerade in den sogenannten
662 MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) viel zu
663 hoch. Unser Ziel ist es, den Studienerfolg nachhaltig zu fördern und die
664 Studierenden bestmöglich zu unterstützen. Hierzu gehört eine bessere Beratungs-
665 und Unterstützungsinfrastruktur, die Studierenden ohne zusätzliche Kosten zur
666 Verfügung steht und die wir ebenso wie mehr vorbereitende Bildungsangebote sowie
667 studienbegleitende Tutorien und Mentor*innenprogramme fördern wollen.

668 Zudem schaffen wir eine höhere Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und
669 Hochschulstudium und bauen praxisnahe sowie duale Studienmöglichkeiten aus.

670 Eine wichtige Rolle spielt auch dafür eine weitere Stärkung der Hochschulen für
671 angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen). Hierbei sind uns auch neue Zugänge
672 für Menschen wichtig, die mit oder aus einem bereits begonnenen Arbeitsleben
673 berufsbegleitend im Sinne einer akademischen Weiterbildung studieren möchten.

674 Damit die Doppelbelastung durch Hochschulstudium und gleichzeitige Ausbildung
675 oder Arbeit im Betrieb nicht zum Burnout-Faktor werden, wollen wir uns dafür
676 einsetzen, dass die Regelstudienzeit für Dual- und Trialstudierende flexibler
677 gehandhabt wird. Die oft einseitige Fokussierung auf Noten bei der Zulassung zu
678 zulassungsbeschränkten Studiengängen wird den Erfordernissen von Studium und
679 späterem Beruf nicht gerecht. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zukunft
680 fachliche Eignung, gesellschaftliches Engagement und berufliche Vorerfahrung
681 stärker bei der Zulassung gewichtet werden.

682 **Vielfältige Hochschullandschaft**

683 Die niedersächsische Hochschullandschaft ist durch eine große Vielfalt aus
684 Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Berufsakademien sowie
685 staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen geprägt. Niedersachsen verfügt
686 über exzellente Hochschulen und Spitzenforschung ebenso wie über
687 anwendungsorientierte Einrichtungen – und damit insgesamt über ein breites
688 Angebot an unterschiedlichen Studienmöglichkeiten. Im Sinne der
689 Hochschulautonomie setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Hochschulen
690 über ein eigenständiges Profil und den notwendigen Gestaltungsspielraum für eine
691 zukunftsorientierte Entwicklung verfügen. Hierzu wollen wir die Hochschulen
692 dabei unterstützen, neue Wege auszuprobieren.

693 Niedersächsische Hochschulen beweisen Tag für Tag, dass hier auf exzellentem
694 Niveau geforscht und gelehrt wird. Wir schaffen die notwendigen
695 organisatorischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen.
696 Dabei ist für uns GRÜNE klar: Exzellente Ergebnisse in der Spitze sind nur durch
697 eine gute Aufstellung in der Breite möglich – sie bedingen sich gegenseitig und
698 geben einander neue Impulse.

699 **Soziale Infrastruktur für Studierende ausbauen**

700 Für ein erfolgreiches Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen.
701 Gerade Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten sind auf eine
702 funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Insbesondere durch die Folgen
703 der Covid-19-Pandemie ist zudem der Bedarf für die psychosoziale Unterstützung
704 von Studierenden und damit nach entsprechenden Angeboten der Studentenwerke
705 gestiegen. Dennoch sind die Landesmittel an die Studentenwerke seit 2014 nicht
706 mehr angehoben worden, obwohl die Zahl der Studierenden zeitgleich deutlich
707 gestiegen ist. Die Kosten der Studentenwerke decken die Studierenden nun zu
708 einem immer größeren Teil selbst. So ist es nicht verwunderlich, dass viele der
709 Hochschulen mit den höchsten Semesterbeiträgen deutschlandweit in Niedersachsen
710 liegen. Wir GRÜNE setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche
711 Finanzierung der Studentenwerke und zusätzlichen günstigen Wohnraum für
712 Studierende ein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Studierenden nicht über
713 Gebühr belastet werden.

714 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Gestaltung einer gerechten
715 Studienfinanzierung ein, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium
716 ermöglicht. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in seiner aktuellen
717 Ausgestaltung reicht nicht aus, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir

718 begrüßen deshalb, dass die neue Bundesregierung das BAföG öffnen und
719 elternunabhängiger gestalten möchte und setzen uns dafür ein, dass auch
720 Teilzeitstudierende BAföG beziehen können.

721 **Hochschulen zu Reallaboren für Klimaneutralität machen**

722 An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich
723 des Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht
724 nur eine Herausforderung für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes,
725 sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes nicht länger zu akzeptieren. Denn
726 ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die wiederum
727 einen hohen Anteil am Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen der
728 Landesverwaltung haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu Reallaboren des
729 Wandels zu machen: von einer stärkeren und breiteren Verankerung von
730 nachhaltigen Studieninhalten und der Einrichtung neuer Klimaschutz-Professuren
731 über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen
732 sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie
733 nachhaltige Energiekonzepte an allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen
734 können eine Strahlkraft weit über den Campus hinaus entfalten. Finanziert werden
735 sollen diese Zukunftsinvestitionen über den Niedersachsenfonds und
736 Landesgesellschaften (vgl. Nachhaltig Haushalten). Auch für den Neubau der
737 Hochschulkliniken in Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen
738 Klimastandard erreichen. Die erforderlichen Mittel werden aus dem
739 Niedersachsenfonds bereitgestellt.

740 **Forschung nachhaltig gestalten**

741 Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung die
742 Wissenschaft für Erkenntnisgewinn und die Entwicklung von Lösungen für die
743 großen Herausforderungen unserer Zeit hat. Ohne Wissenschaft ist auch kein
744 Fortschritt möglich. Daher setzen wir uns dafür ein, die Forschung vom
745 Grundlagenbereich bis zu konkreten anwendungsbezogenen Projekten zu stärken.
746 Dies gilt insbesondere für transformative Forschungsbereiche, bei denen es um
747 den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie die Gestaltung des damit verbundenen
748 notwendigen klimagerechten Umbaus geht. Auch in diesem Sinne schaffen wir neue
749 und zusätzliche Professuren für den Bereich des Klimaschutzes, um diesen
750 Kompetenzbereich an den Hochschulen und damit in der Forschung auszubauen und
751 weiterzuentwickeln. Zu einer erfolgreichen Forschung gehört auch, den Wissens-
752 und Technologietransfer in die Praxis zu verbessern, damit neue Lösungen noch
753 schneller dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Bereits bei der Konzeption
754 neuer Ausschreibungen und Forschungsförderungen wollen wir den Transfergedanken
755 zu einem wichtigen Baustein machen (vgl. Innovatives Niedersachsen).

756 Wissenschaft hat dabei eine gesellschaftliche Verantwortung. Umso wichtiger ist
757 Transparenz in der Forschung und der Austausch zwischen Wissenschaft und
758 Gesellschaft. Dies gilt insbesondere bei kritischen Forschungsvorhaben
759 beispielsweise im Bereich von Risikotechnologien und militärisch relevanten
760 Projekten. Wir treiben Alternativen zu Tierversuchen voran, um diese
761 perspektivisch überflüssig zu machen (vgl. Für einen konsequenten Tierschutz).
762 Auch die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, Verständnis für
763 wissenschaftliches Arbeiten zu schaffen. Hier kommt der
764 Wissenschaftskommunikation eine zentrale Funktion zu, die wir zukünftig noch
765 stärker fördern wollen. Wissenschaft und Freiheit bedingen sich gegenseitig.

766 Daher ist unser Ziel, auch zukünftig eine offene Diskussionskultur an den
767 Hochschulen zu fördern.

768 **Mehr Beteiligung wagen**

769 Hochschulen leben von einer aktiven demokratischen Kultur und einer
770 funktionierenden akademischen Selbstverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass
771 alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben,
772 sich zu beteiligen. Hierzu gehört insbesondere auch die Mitbestimmung von
773 Studierenden. In allen Bereichen, in denen verfassungsrechtlich keine Mehrheit
774 der Professor*innen vorgeschrieben ist, möchten wir mehr Beteiligungsrechte für
775 Studierende und Beschäftigte erreichen.

776 **Internationalisierung und Digitalisierung**

777 Wissenschaft ist grenzenlos und lebt vom internationalen Austausch. Die
778 Vernetzung unserer Hochschulen auf europäischer und internationaler Ebene wollen
779 wir daher stärken. Wir unterstützen die Hochschulen bei der internationalen
780 Vernetzung und beim Abbau von Hürden bei der internationalen Mobilität von
781 Studierenden und Forschenden. Hierzu gehört auch die gezielte Förderung der
782 niedersächsischen Hochschulen, um in europäischen Förderprogrammen erfolgreich
783 zu sein und Niedersachsen als Wissenschaftsstandort in Europa zu stärken sowie
784 die europäische Idee insgesamt voranzubringen. Die Digitalisierung ermöglicht
785 es, ein Studium an verschiedenen Standorten gleichzeitig zu absolvieren, ob in
786 Niedersachsen, deutschlandweit oder international. Die technischen
787 Voraussetzungen für einen virtuellen transnationalen Campus sind inzwischen
788 gegeben. Wir setzen uns dafür ein, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so
789 anzupassen, dass Studierende und Forschende zukünftig einfacher von den Chancen
790 der Digitalisierung profitieren können.

791 **Gute Arbeit und Gleichstellung**

792 Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten
793 und den Mitarbeiter*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE
794 GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und
795 auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und den Mittelbau bessere
796 Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben
797 müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen werden. Die beruflichen
798 Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue
799 akademische, u. a. familienfreundlichere Karrieremodelle auch für den Mittelbau
800 stärken. Zwar sind rund die Hälfte der Studierenden und Promovierenden Frauen –
801 jedoch spiegelt sich dieses Verhältnis bei den Professuren und
802 Leitungsfunktionen der Hochschulen bei weitem nicht wider. Für uns GRÜNE ist
803 Gleichstellung eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die wir auch an den
804 Hochschulen vorantreiben wollen. Insbesondere der Übergang von Promotion zur
805 Professur muss verbessert werden, damit Frauen gleiche Karrierechancen haben.
806 Die Dialoginitiative geschlechtergerechte Hochschulkultur hat hierfür bereits
807 wichtige Impulse geliefert, die wir durch ein Mehr an Verbindlichkeit aufwerten
808 und fördern werden. Wir wollen auch erreichen, dass studentische Hilfskräfte in
809 die betriebliche Mitbestimmung einbezogen und tarifliche Mindeststandards
810 gesichert werden.

811 **4. Erwachsenenbildung stärken**

812 Bildung endet nicht mit der Schulzeit und Ausbildung. Eine sich rasant
813 verändernde Arbeitswelt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordern es,

814 Bildung als lebensbegleitenden Prozess zu verstehen. So sind Angebote der
815 Grundbildung und des zweiten Bildungswegs für viele Menschen eine Chance, ihre
816 Teilhabemöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Leben zu verbessern.
817 Auch die Integration von Geflüchteten erfordert umfassende Angebote im Sinne von
818 Bildungsketten wie Sprachkurse, Angebote der Grund- und beruflichen Bildung. Die
819 Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag für mehr
820 Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Weiterbildung und
821 Fachkräftesicherung sowie zur politischen Bildung (vgl. Für eine vielfältige und
822 offene Gesellschaft). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die
823 Erwachsenenbildung als wichtiges Standbein der Bildungslandschaft in
824 Niedersachsen auszubauen. Die freie Erwachsenenbildung stellt Angebote für
825 verschiedene Bedarfe in den unterschiedlichen Lebensphasen bereit. Damit
826 Menschen die für sie passenden Bildungswege und Angebote finden, wollen wir die
827 trägerunabhängige Bildungsberatung auch zukünftig stärken.

828 **Ein Prozent des Bildungsetats für Weiterbildung**

829 Die sich durch eine rasant verändernde Gesellschaft und Arbeitswelt wandelnden
830 Anforderungen an die Erwachsenenbildung sind auch mit einem erhöhten
831 Förderbedarf verbunden. Das gilt sowohl für den Bereich der Förderung von
832 Geflüchteten mit Sprachkursen und weiteren Bildungsmaßnahmen als auch für die
833 Grundbildung, den zweiten Bildungsweg, die fortlaufende Qualifizierung des
834 Personals sowie eine strukturierte Nachwuchsgewinnung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
835 setzen sich dafür ein, das Bildungsbudget für Weiterbildung auf ein Prozent des
836 gesamten Bildungsetats zu erhöhen (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

837 **Grundbildung und Alphabetisierung**

838 Angebote im Bereich der Grundbildung, Alphabetisierung und nachholende
839 Schulabschlüsse vermitteln wichtige Schlüsselqualifikationen. Sie sind die Basis
840 für die Teilhabe an weiteren Bildungsangeboten und für den Weg in den
841 Arbeitsmarkt. Diese Angebote sind insbesondere für Menschen in prekären
842 Lebensverhältnissen oder mit formal geringer Bildung wichtig. Sie bedürfen einer
843 niedrigschwelligen und zielgruppenorientierten Ausrichtung mit aufsuchenden und
844 sozialraumbezogenen Bildungsangeboten, die sowohl jüngere als auch die wachsende
845 Zielgruppe der älteren Menschen berücksichtigt. Wir GRÜNEN wollen diese
846 besonders fördern, ausbauen und weiterentwickeln. Hohe Teilnahmebeiträge können
847 dabei eine abschreckende Wirkung entfalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
848 daher dafür ein, diese Angebote zukünftig gebührenfrei zu gestalten.

849 **Neue Formate und Digitalisierung**

850 Die Digitalisierung hat sowohl für die inhaltlichen Angebote als auch für die
851 Arbeitsweise der Erwachsenenbildung nicht erst seit der Covid-19-Pandemie eine
852 hohe Bedeutung. Sie verändert die Qualifikationsanforderungen an die Menschen
853 und erfordert damit auch eine inhaltliche Neugestaltung der Angebote und Formate
854 in der Erwachsenenbildung. Neue Formate mit flexibleren Nutzungsformen werden
855 benötigt, beispielsweise durch die Bereitstellung von mehr Onlineangeboten und
856 virtuellen Veranstaltungen mit einer darauf ausgerichteten Pädagogik. So
857 verändert Digitalisierung gleichzeitig die Arbeitsbedingungen in der
858 Erwachsenenbildung. Dozent*innen sind nicht mehr nur Pädagog*innen, sondern
859 benötigen Kompetenzen, Lerninhalte digital zu vermitteln. Wir wollen nicht
860 zuletzt die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den pandemiebedingten Umstellungen
861 auf den Onlinebetrieb nutzen, um diesen Umstellungsprozess zu verstetigen und
862 weiterzuentwickeln.

863 **Starke Familien: Selbstbestimmt leben von der Kindheit bis ins Alter**

864 GRÜNE Familienpolitik stellt Kinder und Jugendliche mit ihren eigenen
865 Bedürfnissen und Rechten in den Mittelpunkt. In der Pandemie musste die junge
866 Generation besonders zurückstecken. Kinder und Jugendliche haben in besonderem
867 Maße gesellschaftliche Solidarität gegenüber älteren Menschen geleistet und
868 unter den pandemiebedingten Einschränkungen selbst besonders gelitten. Wir
869 GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen
870 zukünftig besser gehört und ihre Anliegen endlich ernst genommen werden.
871 Wichtige Hinweise dafür kann die Einführung eines regelmäßigen Monitorings zur
872 Lage von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen unter Beteiligung des
873 Landesjugendhilfeausschusses und der Kinder- und Jugendkommission liefern.

874 Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen. Für eine gute Familienpolitik
875 bedarf es guter beruflicher und finanzieller Rahmenbedingungen für die
876 sogenannte Sorgearbeit: Wer pflegt, Kinder versorgt und Verantwortung für andere
877 Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns auch
878 dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchwork-Familien endlich rechtlich
879 anerkannt werden, beispielsweise im Familien- und Adoptionsrecht.
880 Mehrelternschaft soll möglich sein und alle Formen von
881 Verantwortungsgemeinschaften jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe sollen
882 anerkannt werden.

883 **Kinderrechte stärken**

884 Kinder sind unsere Zukunft – und trotzdem werden viel zu viele Entscheidungen
885 über ihre Köpfe hinweg und zu ihren Lasten getroffen. Das müssen wir dringend
886 ändern. Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte, die es zu respektieren und
887 zu verteidigen gilt. Sie müssen sich in Gesetzgebungsprozessen ebenso
888 widerspiegeln wie in der Schulstruktur und dem familiären Umfeld. Um diesen
889 Rechten den verdienten Rang einzuräumen, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, die
890 Kinderrechte in der Landesverfassung zu verankern.

891 Wir GRÜNEN stehen für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und mehr
892 politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die wir als kommunale
893 Aufgabe in der Niedersächsischen Kommunalverfassung verankern wollen. Egal, ob
894 es um den neuen Spielplatz, die Verkehrsführung auf dem Weg zur Schule oder die
895 Ausstattung der Bücherei vor Ort geht: Mitbestimmung beginnt im direkten
896 Lebensumfeld. Daher setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, vor Ort in allen Bereichen,
897 in denen Kinder unterwegs oder betroffen sind, die Mitsprache von Kindern und
898 Jugendlichen konsequent zu stärken. Unser Ziel ist eine kinder- und
899 jugendgerechte Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig bei
900 allen Gesetzesvorhaben geprüft wird, welche Auswirkungen auf Kinder und
901 Jugendliche damit verbunden sind.

902 **Kinderarmut beenden**

903 Fast jedes vierte Kind in Niedersachsen lebt in Armut. In keiner anderen
904 Industrienation ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und
905 Ausbildungsabschluss so eindeutig und damit die soziale Durchlässigkeit so
906 gering wie in Deutschland. Gleichzeitig ist Kinderreichtum hier das Armutsrisiko
907 Nummer eins. Das wollen wir nicht hinnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sorgen dafür,
908 dass die Teilhabe aller Kinder gesichert und die Grundlagen für ein
909 selbstbestimmtes Leben geschaffen werden. Wir begrüßen daher, dass die
910 Ampelkoalition im Bund eine Kindergrundsicherung auf den Weg bringt und

911 Kinderrechte endlich ins Grundgesetz schreibt. Wir wollen diese Initiativen als
912 Schwung für weitere Bemühungen zur Überwindung von Kinderarmut nutzen. Auf
913 Landesebene schaffen wir eine neue Sozialberichterstattung für Kinder,
914 investieren mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche,
915 unterstützen Quartiersarbeit und Nachbarschaftsinitiativen, fördern
916 Jugendzentren insbesondere in ländlichen Regionen stärker und weiten schulische
917 Ganztagsangebote aus. Wir wollen auch die Kommunen besser dabei unterstützen,
918 Kinderarmut und ihre Folgen vor Ort zu bekämpfen. Dafür fördern wir den Aufbau
919 von Präventionsketten, die ein abgestimmtes Vorgehen aller Akteur*innen aus den
920 Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport sowie eine kontinuierliche
921 Entwicklungs-förderung in allen Lebensphasen des Kinder- und Jugendalters
922 ermöglichen.

923 **Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche**

924 Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Zeit und Raum zur
925 Entfaltung. Daher nehmen wir GRÜNEN Druck aus der Schule und sorgen damit für
926 mehr Freiheiten (vgl. GRÜNE Politik macht Schule). Der Jugendarbeit kommt dabei
927 eine zentrale Rolle zu. Sie unterstützt das gesellschaftliche Engagement von
928 Kindern und Jugendlichen und schafft ein vielfältiges Spektrum von Angeboten für
929 junge Menschen. Daher wollen wir die wichtige Arbeit der vielfältigen
930 Jugendverbände und Träger der Jugendarbeit besser fördern. Dazu zählt eine
931 bedarfsgerechte Erhöhung der Zuwendungen und eine Verstetigung von
932 Projektmitteln ebenso wie der Abbau bürokratischer Hürden. Zu diesem Zweck
933 werden wir das Jugendförderungsgesetz novellieren und an die Bedürfnisse der
934 modernen Jugendarbeit anpassen. Die Angebote der politischen Jugendbildung
935 entwickeln wir weiter und stärken die wichtige Arbeit der Landeszentrale für
936 politische Bildung. Auch in der Niedersächsischen Bauordnung wollen wir die
937 Vorgaben für Spiel-, Freizeit- und Bewegungsflächen verbessern (vgl. Für eine
938 vielfältige Gesellschaft).

939 Neben der Jugendverbandsarbeit sehen wir öffentliche Freiräume ohne
940 Konsumbindung wie Jugendzentren, Skateplätze und offene Treffs als wichtiges
941 Angebot. Wir setzen uns – frei nach dem Motto „Spielplatz statt Parkplatz“ –
942 dafür ein, Kommunen bei dem Erhalt und der Schaffung von Spiel-, Aufenthalts-
943 und Bewegungsflächen zu unterstützen (vgl. Mobil in Niedersachsen).

944 **Kinderschutz ernst nehmen**

945 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen und
946 körperliche Unversehrtheit. Wir werden die Empfehlungen der Enquete-Kommission
947 Kinderschutz deshalb konsequent umsetzen und mit einem neuen Kinderschutzgesetz
948 rechtlich absichern. Insbesondere stärken wir die Prävention und ermöglichen
949 eine frühzeitige Intervention dort, wo Kinder von Gewalt bedroht sind. Dafür
950 brauchen wir Schutzkonzepte in Kitas, Schulen, Sportvereinen und anderen
951 Einrichtungen, die regelmäßig mit Kindern arbeiten. Sowohl Haupt- als auch
952 Ehrenamtliche müssen dafür qualifiziert sein, Anzeichen von Gewalt zu erkennen
953 und entsprechend zu reagieren. Die Jugendämter wollen wir beim Kinderschutz
954 besser unterstützen und die Netzwerkarbeit mit Polizei, Justiz und
955 Beratungsstellen vor Ort fördern. Mit einem Childhood-Haus wollen wir Kindern,
956 die Opfer von Gewalt geworden sind, alle nötigen Hilfen aus einer Hand anbieten
957 und sie bestmöglich in Strafverfahren unterstützen. Beratungsstellen für Kinder,
958 die Gewalt erlebt haben, sichern wir finanziell ab und bauen das Angebot
959 insbesondere in der Fläche aus. Es braucht flächendeckende Netzwerkarbeit

960 zwischen den verschiedenen Akteur*innen, um den Kinderschutz grundsätzlich zu
961 stärken und Versorgungslücken zu schließen.

962 **Jugendhilfe ist unverzichtbar**

963 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen gegen Sparmaßnahmen in der
964 Jugendhilfe und bei der Kinder- und Jugendarbeit ein. Wir unterstützen die
965 Anstrengungen, das Jugendhilferecht inklusiver zu gestalten und die
966 Rahmenbedingungen hier zu verbessern.

967 Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz stärkt die Rechte von Kindern in
968 Einrichtungen und Pflegefamilien. Zudem müssen jetzt Ombudsstellen, also
969 Beschwerdestellen für Kinder, Jugendliche und Familien, eingerichtet werden.
970 Diesen Prozess begrüßen wir und werden ihn weiter aktiv begleiten. Zudem muss
971 die wichtige Arbeit der Jugendwerkstätten gesichert und gleichzeitig geprüft
972 werden, wie die Finanzierung nachhaltiger gestaltet werden kann. Wir GRÜNEN
973 unterstützen ambulante Maßnahmen der Jugendhilfe und wollen die Hilfe für
974 straffällig gewordene Jugendliche weiter ausbauen. Wir stehen konsequent hinter
975 dem Leitprinzip „Jugendhilfe statt Knast“ und schaffen hierfür weiterhin die
976 notwendigen Rahmenbedingungen. Beim Eintreten in die Volljährigkeit verlieren
977 Jugendliche mit besonders herausforderndem Verhalten den Anspruch auf
978 Versorgungsleistungen, die ihnen beispielsweise die ausgiebige Betreuung durch
979 Dritte oder das Wohnen in gemeinsamen Wohnformen ermöglicht. Dies muss im
980 Landesinklusionsplan berücksichtigt werden. Wir wollen für mehr Angebote für
981 Jugendliche und junge Erwachsene sorgen und sie davor schützen, dass bei
982 Eintritt in die Volljährigkeit Hilfsangebote wegfallen.

983 Jugendhilfe muss alle Kinder mitnehmen, sei es über gute Rahmenbedingungen für
984 die Inklusion, das Vermitteln interkultureller Kompetenzen oder durch die
985 Überwindung von Kinderarmut. Dabei kommt der Jugendhilfe im Ganztagsschulbetrieb
986 eine zentrale Bedeutung zu. Hier muss die Schnittstelle von Land, Kommune,
987 Jugendhilfeträger und Schule verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die
988 wichtige Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe
989 weiterentwickeln und stärken.

990 **Zeit für Familien**

991 Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen extremen
992 Belastungen gerade für Menschen mit Kindern haben gezeigt, welchen
993 Herausforderungen Familien ausgesetzt sind, um die alltägliche Balance zwischen
994 Erwerbs- und Familienarbeit zu meistern. Noch größer sind die Anforderungen an
995 alleinerziehende Elternteile, die es daher besonders zu berücksichtigen gilt.
996 Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeit und Familie besser miteinander vereinbart
997 werden können und Familienzeit den notwendigen Raum bekommt. Hierfür arbeiten
998 wir auch in Niedersachsen beispielsweise durch gemeinsame Initiativen mit
999 Unternehmen und Gewerkschaften daran, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle
1000 weiterzuentwickeln und auszubauen. Damit wollen wir Beschäftigten Arbeitszeiten
1001 ermöglichen, die zu ihrem Leben passen – etwa um Kinder zu erziehen oder
1002 Angehörige zu pflegen. Dem Land kommt hier auch als Arbeitgeber eine besondere
1003 Vorbildfunktion und Verantwortung zu (vgl. Gute Arbeit in Niedersachsen).

1004 **Familien unterstützen**

1005 Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen und dauerhaft Verantwortung
1006 übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die frühen Hilfen und
1007 Familienangebote zu sichern und auszubauen. Für uns ist es wichtig, dass die

1008 Hilfe da ist, wo auch die Familien sind. Um das zu gewährleisten, müssen
1009 Angebote wie Familienzentren konsequent gefördert und sozialräumlich orientiert
1010 werden. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, Kitas und Grundschulen zu
1011 Familienzentren und damit zu Orten des Austauschs, der Weiterbildung und einer
1012 niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern weiterzuentwickeln und mit
1013 interprofessionellen Teams zu besetzen. Hierbei stärken wir auch die Beratung
1014 und Unterstützung von Alleinerziehenden und solchen Familien, die Trennungen
1015 vollziehen.

1016 **Mit dem Niedersachsenpass Teilhabe vereinfachen**

1017 Nach dem Vorbild einiger Kommunen führen wir einen Niedersachsenpass für alle
1018 Menschen ein, die Sozialleistungen beziehen oder nur ein geringes Einkommen
1019 haben. Mit dem Pass soll in ganz Niedersachsen der Zugang zu Museen, kulturellen
1020 Einrichtungen oder die aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen niederschwellig
1021 möglich sein. Auch Vergünstigungen bei Strompreisen oder anderen Sozialtarifen
1022 sind enthalten. Perspektivisch sollen außerdem alle Menschen mit
1023 Niedersachsenpass Anspruch auf ein vergünstigtes landesweites Nahverkehrsticket
1024 bekommen. Für Kinder und Jugendliche kann der Niedersachsenpass zudem
1025 unkompliziert bei der Finanzierung von Mittagessen, Arbeitsmaterialien,
1026 Sprachförderung, Musik- und Sportangeboten sowie Klassenausflügen unterstützen.
1027 Wir wollen den Niedersachsenpass, dort wo sinnvoll, dazu nutzen, Leistungen aus
1028 dem Bildungs- und Teilhabepaket noch einfacher zugänglich zu machen.

1029 **Selbstbestimmt altern**

1030 Immer mehr Menschen leben immer länger. Wir GRÜNE stellen die Menschen mit ihrem
1031 Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Würde sowie die solidarische Absicherung des
1032 Pflegerisikos in den Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen dafür sorgen, dass
1033 alte Menschen vor Armut geschützt werden, sich aktiv in die Gestaltung unserer
1034 Gesellschaft einbringen und gesellschaftlich teilhaben, so lange wie möglich in
1035 ihrem gewohnten Wohnumfeld leben und je nach Bedarf abgestufte Unterstützung in
1036 Alltag und Pflege erhalten können.

1037 Um Menschen solange wie möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden zu
1038 ermöglichen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der begrenzte Wohnraum
1039 sinnvoll verteilt wird, brauchen wir mehr barrierearmen und bezahlbaren Wohnraum
1040 mit angeschlossener Quartierspflege. Die Orte, an denen ältere Menschen leben,
1041 müssen Rahmenbedingungen bieten, die den Wunsch nach einem Altern in der
1042 gewohnten Umgebung ermöglichen. Zu einer generationsgerechten Infrastruktur
1043 gehören insbesondere eine wohnortnahe medizinische Versorgung, ein gut
1044 ausgebauter und barrierefreier ÖPNV, Geschäfte des alltäglichen Bedarfs, aber
1045 auch Begegnungsstätten. Um das Risiko stationärer Pflegebedürftigkeit im Alter
1046 zu reduzieren, setzen wir auch auf die Prävention von Einsamkeit –
1047 beispielsweise durch Nachbarschaftsinitiativen und generationenübergreifende
1048 Wohn- und Begegnungsprojekte sowie die Förderung von niederschwelligen
1049 Versorgungsangeboten und die Stärkung der Angebote hauswirtschaftlicher
1050 Dienstleistungen.

1051 **Selbstbestimmt sterben**

1052 Viele Menschen haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit Freund*innen
1053 und Angehörigen im gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht
1054 leider oft anders aus: Viele Menschen sterben allein oder in Pflegeheimen und
1055 Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkranker

1056 Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen
1057 Versorgung, insbesondere im ambulanten Bereich und auch für spezielle Angebote
1058 für Kinder und Jugendliche (Kinderhospize).

1059 **Gesundheit und Pflege**

1060 GRÜNE Gesundheits- und Pflegepolitik setzt auf Prävention und Vorsorge,
1061 gewährleistet eine wohnortnahe medizinische Versorgung, stärkt Patient*innen in
1062 ihrer Selbstbestimmung und sorgt für gute Arbeitsbedingungen für die
1063 Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem. Gesundheit erhalten und Erkrankungen
1064 vorbeugen steht für uns GRÜNE im Fokus unserer Gesundheitspolitik. Wir wissen,
1065 dass die Chancen für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen,
1066 Kompetenzförderung und gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Eine gerechte und
1067 solidarische Gesellschaft, die Bildungschancen stärkt, Armut beendet,
1068 Ungleichheit verringert und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht, ist
1069 deshalb ein zentrales Anliegen GRÜNER Gesundheitspolitik. Gesundheitsförderung
1070 ist dann besonders effektiv, wenn sie dort verankert wird, wo die Menschen
1071 leben, arbeiten, sich engagieren und lernen: Schlechte Arbeitsbedingungen,
1072 Lärmbelastung und Luftverschmutzung am Wohnort sowie zu wenig Geld für gesundes
1073 Essen machen krank. Wir wollen mit einer Politik, die gute Arbeit und gute Löhne
1074 sicherstellt, gesundes Essen bezahlbar hält, die Lärm- und Schadstoffbelastung
1075 senkt und Gemeinschaft fördert, dafür sorgen, dass Menschen in gesunden
1076 Umgebungen leben. Menschen, die in soziale Notlagen, in Sucht- und Abhängigkeit
1077 geraten sind, wollen wir dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen,
1078 anstatt sie zu sanktionieren und zu verdrängen.

1079 **Den öffentlichen Gesundheitsdienst vom Kopf auf die Füße stellen**

1080 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat eine zentrale Stellung für
1081 Gesundheitsförderung und Prävention. Sein Potenzial ist weit größer, als es
1082 seine strukturellen Voraussetzungen zurzeit erlauben. Wie verletzlich uns ein
1083 unzureichend ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst macht, hat uns
1084 zuletzt die Corona-Pandemie schmerzhaft vor Augen geführt. Wir wollen den ÖGD
1085 strukturell stärken, damit er seine Aufgaben im Bereich Prävention und
1086 Gesundheitsbildung in vollem Umfang wahrnehmen kann. Wir setzen uns für ein
1087 gezieltes Gesundheitsmonitoring und die Durchführung kommunaler Gesundheits- und
1088 Pflegekonferenzen ein. Die Kompetenz aller Gesundheitsfachberufe soll einen
1089 höheren Stellenwert im ÖGD erhalten – beispielsweise durch sogenannte Community
1090 Health Nurses (Gemeindegeschwester Plus) oder in der Schulgesundheitspflege.
1091 Außerdem wollen wir für einen wissenschaftlichen Unterbau des ÖGD die
1092 Kooperationen mit Universitäten fördern und an den großen Universitätsstandorten
1093 des Landes den Masterstudiengang Public Health einrichten. Mit einer
1094 Landesstiftung Prävention wollen wir die Gelder aus dem Präventionsgesetz
1095 bündeln und primär für Maßnahmen einsetzen, die dafür sorgen, dass Menschen in
1096 gesunden Verhältnissen leben. Wir wollen die kommunale Gesundheitsberatung, etwa
1097 in Form von Gesundheitskiosken, genauso wie die Erstellung von
1098 Hitzeaktionsplänen fördern. Um Neuinfektionen mit sexuell übertragbaren
1099 Infektionen zu verhindern und die Schwellen für den Zugang zu Behandlung zu
1100 verringern, setzen wir auf Aufklärung über Schutzmöglichkeiten,
1101 Entstigmatisierung, verbesserte Testmöglichkeiten und niedrigschwellige
1102 Behandlungsmöglichkeiten. Die wichtige Arbeit der Aidshilfe in diesem Bereich
1103 werden wir unterstützen.

1104 **Gut gerüstet für zukünftige Pandemien**

1105 Über die Hälfte (60 Prozent) der menschlichen Infektionskrankheiten stammen laut
1106 UN von Tieren – Klimawandel und Umweltzerstörung beschleunigen die Entstehung
1107 neuer Pandemien. Um die Entstehung neuer Pandemien zu verhindern und Ausbrüche
1108 neuer Erreger lokal zu begrenzen, müssen multinationale
1109 Gesundheitsorganisationen gestärkt, der Klimawandel effektiv bekämpft,
1110 Lebensräume geschützt und Erreger überwacht werden. Auch das Land Niedersachsen
1111 muss seinen Beitrag zu diesen globalen Aufgaben leisten, sich pandemiefest
1112 aufstellen und die strukturellen Voraussetzungen für die Bekämpfung zukünftiger
1113 Pandemien schaffen: Dafür wollen wir für eine auskömmliche Bevorratung mit
1114 Schutzausrüstung sorgen, ein gestuftes Notfallversorgungskonzept schaffen,
1115 Pandemieschutzübungen verankern und

1116 Kapazitäten zur kurzfristigen Schaffung von (Intensiv-)Krankenbetten absichern.

1117 Nach über zwei Jahren Pandemie hat die Landesregierung es versäumt,
1118 flächendeckend Belüftungsanlagen in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen
1119 einzusetzen, um diese zum Teil noch immer ungeimpfte Gruppe bestmöglich zu
1120 schützen. Wir wollen hier schnell handeln, Luftfilter einsetzen und diese
1121 Einrichtungen auch baulich auf zukünftige Pandemien besser vorbereiten. In
1122 Krisensituationen gilt: Schnelles, entschlossenes Handeln und das Nutzen von
1123 innovativen Ansätzen sind entscheidend. Seit Januar 2021 fordern wir vehement
1124 Abwasseruntersuchungen auf SARS-CoV-2-Viren als zuverlässiges Instrument für die
1125 Prognose der Pandemieentwicklung und des Erkennens der Verbreitung neuer
1126 Virusvarianten. Anders als die Koalition aus SPD und CDU werden wir GRÜNEN in
1127 einer Landesregierung alle Ansätze nutzen, um gut vorbereitet zu sein und das
1128 Risiko neuer Pandemien zu reduzieren.

1129 Die Gefahren durch das Virus H5N1 (Geflügelpest) sind insbesondere in den
1130 viehdichten Regionen in Niedersachsen als sehr hoch einzuschätzen. Aus Russland
1131 und Großbritannien sind bereits Übertragungen des Virus auf Menschen bekannt
1132 geworden. Zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier treiben wir den Umbau
1133 der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungssystemen und flächengebundener
1134 Tierhaltung voran und nutzen aus Seuchenschutzgründen auch kurzfristige
1135 Maßnahmen wie Wiederbelegungsverbote zumindest in den sehr viehdichten Regionen
1136 (vgl. Für eine andere Agrarpolitik).

1137 **Gut versorgt in Stadt und Land**

1138 Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und verlässliche medizinische
1139 Versorgung in ganz Niedersachsen. In allen Regionen des Landes verlieren wir
1140 jedoch immer mehr Beschäftigte und Selbstständige in der Gesundheitsversorgung.
1141 Beispielhaft zeigt sich dieser dramatische Trend bei der hausärztlichen
1142 Versorgung: Schon heute sind in Niedersachsen über 400 der 5.100 Hausarztsitze
1143 nicht besetzt und in den kommenden Jahren werden über 1.000 der gegenwärtig
1144 praktizierenden Hausärzt*innen in den Ruhestand gehen. Die Wege, die für den
1145 Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zurückgelegt werden müssen, werden für
1146 Menschen im ländlichen Raum immer länger. Immer mehr Menschen sorgen sich um
1147 ihre Versorgung vor Ort. Viele wertvolle Vorschläge zur Verbesserung dieser
1148 Situation hat die Enquetekommission Sicherstellung der ambulanten und stationären
1149 medizinischen Versorgung in Niedersachsen erarbeitet. Wir wollen Tempo in die
1150 Umsetzung der Vorschläge bringen. Dafür braucht es endlich eine Bedarfsplanung,
1151 die Über- und Unterversorgung erfasst, Kapazitäten sinnvoll verteilt und
1152 Mindest-erreichbarkeitsstandards setzt. Wie von Expert*innen schon lange
1153 gefordert, werden wir die starren Grenzen stationärer und ambulater Versorgung

1154 überwinden und nichtärztliche Heilberufe stärker in die Primärversorgung
1155 einbinden. Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum ambulante, stationäre und
1156 poststationäre Leistungserbringer zusammenschließen und mit Reha-Einrichtungen,
1157 Apotheken und anderen Gesundheitseinrichtungen in integrierten
1158 Versorgungszentren in öffentlicher Hand zusammenbringen. Für Patient*innen
1159 bedeutet das, dass sie Präventionsangebote wie etwa Rückenurse unter einem Dach
1160 mit Hausärzt*innen, Fachärzt*innen, Sozialarbeiter*innen und Therapeut*innen
1161 finden. Ihre Behandlung kann so interdisziplinär erfolgen. Für Beschäftigte
1162 bedeutet das, in einem interdisziplinären Team mit familienfreundlichen
1163 Arbeitszeiten tätig zu sein. Gleichzeitig finden sie hier die Möglichkeit, im
1164 ländlichen Raum zu arbeiten, ohne dabei als Einzelkämpfer*in eine eigene Praxis
1165 führen zu müssen. Wir wollen erreichen, dass Kommunen deutlich einfacher
1166 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen können: Dafür wollen wir
1167 sicherstellen, dass Kommunen nach sechs Monaten auf nicht nachbesetzte Arztsitze
1168 zugreifen können. Mittels Patient*innen-orientierter Digitalisierung wollen wir
1169 Angebote besser vernetzen sowie Transparenz und Patientenautonomie stärken.
1170 Telemedizinische Angebote treiben wir voran.

1171 **Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und qualitativ hochwertig aufstellen**

1172 Die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen befindet sich längst im Wandel: hin
1173 zu einer Grundversorgung in der Fläche und spezialisierten Zentren in großen
1174 Kliniken. Diesen Wandel wollen wir mit einer vorausschauenden, an der
1175 Behandlungsqualität orientierten Kranken-hausplanung zukunftsfähig gestalten. In
1176 mindestens acht Versorgungsregionen wollen wir für ein Angebot mit
1177 differenzierten Versorgungsstufen sorgen. In jeder Versorgungsregion soll es
1178 neben den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung mindestens ein
1179 Krankenhaus der Schwerpunktversorgung geben. Krankenhäuser der Maximalversorgung
1180 und Hochschulkliniken ergänzen das medizinische Angebot. Unser Ziel ist, eine
1181 zeitgemäße, qualitätsorientierte und sektorenübergreifende
1182 Gesamtversorgungsplanung auf den Weg zu bringen und regionale integrierte
1183 Gesundheitszentren in die Krankenhausplanung aufzunehmen und zu fördern.

1184 **Krankenhäuser für Menschen, nicht für Profite**

1185 Wir GRÜNEN stehen für Krankenhäuser, die an den Bedürfnissen von Patient*innen
1186 ausgerichtet sind. Dabei müssen sie gute Arbeitsbedingungen für alle
1187 Beschäftigten sicherstellen, die der Verantwortung und Belastung gerecht
1188 werden. Renditeerwartung von Investor*innen, klamme kommunale Haushalte und die
1189 massive Unterfinanzierung der Investitionskosten durch das Land haben in
1190 Verbindung mit der Finanzierung durch Fallpauschalen jedoch zu Fehlentwicklungen
1191 mit katastrophalen Folgen in unseren Kranken-häusern geführt: durch
1192 Personalabbau und Outsourcing patientenferner Dienstleistungen, sowie durch die
1193 Konzentration auf lukrativere Behandlungen versuchen immer mehr Kliniken, auf
1194 dem Rücken von Patient*innen und Beschäftigten ihre Wirtschaftlichkeit zu retten
1195 oder gar Gewinne zu erwirtschaften. Wir begrüßen, dass die durch GRÜNE getragene
1196 Bundesregierung diese Fehlentwicklungen als solche benennt und abgestufte
1197 Vorschläge zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung vorlegen möchte. Wir
1198 erwarten, dass die hierfür vorgesehene Regierungskommission ihr Arbeit zeitnah
1199 beginnt und Reformen dann auch zügig umgesetzt werden. Durch die Zuständigkeit
1200 für die Investitionskostenfinanzierung spielt aber auch das Land eine wichtig
1201 Rolle für die Zukunft der stationären Versorgung. Während die SPD-CDU Koalition
1202 in den letzten Jahren beim Verfall der Bausubstanz unserer Kliniken zugeschaut
1203 hat und zunächst groß angekündigte Investitionszuschüsse kurzerhand doch wieder

1204 zurücknahm, ist der Investitionsstau der niedersächsischen Krankenhäuser auf
1205 mittlerweile mehr als 2 Milliarde € angewachsen. Solange dieser Investitionsstau
1206 nicht endlich angegangen wird, werden die Krankenhäuser sich weiter gezwungen
1207 sehen, Gelder, die eigentlich für die Versorgung von Patienten*innen vorgesehen
1208 sind, zweckentfremdet für betriebsnotwendige Investitionen einzusetzen. Diesem
1209 Zustand wollen wir ein Ende bereiten: den Niedersachsenfonds und die
1210 Landesgesellschaften wollen wir auch dafür einsetzen den Investitionsstau in
1211 unseren Kliniken abzubauen. Mit einer Erhöhung der jährlichen
1212 Investitionsförderung des Landes für Baumaßnahmen und einer regelmäßigen
1213 Anpassung an Baupreissteigerungen beenden wir mittelfristig und nachhaltig die
1214 chronische Unterfinanzierung der Investitionen in unsere Krankenhäuser. Alle
1215 Kinderkliniken in Niedersachsen schreiben rote Zahlen, ihre finanzielle
1216 Absicherung muss daher dringend angegangen werden. Wir werden uns dafür
1217 einsetzen, dass die, durch die von GRÜNEN getragene Bundesregierung in Aussicht
1218 gestellte bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für Kinderheilkunde zeitnah
1219 dort ankommt, wo sie benötigt wird.

1220 **Krankenhäuser in die öffentliche Hand**

1221 Wir sind der Überzeugung, dass Krankenhäuser als zentraler Bestandteil der
1222 Daseinsvorsorge gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeiten
1223 sollten. Den Trend zur Kranken-hausprivatisierung wollen wir umkehren: Dafür
1224 unterstützen wir Kommunen, die Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand
1225 holen möchten.

1226 **Green Hospital: Krankenhäuser leisten ihren Beitrag zur Klimaneutralität**

1227 Der Gesundheitssektor liegt mit 4,4 Prozent der globalen Treibhausimmissionen
1228 noch über den Emissionen von Flugverkehr und Schifffahrt. Niedersächsische
1229 Krankenhäuser müssen daher zukünftig eine wichtige Rolle bei der CO₂-Reduktion
1230 spielen. Green Hospitals sollen den Energiehaushalt, den Wasserverbrauch, aber
1231 auch das Abfallmanagement umweltfreundlich gestalten. Damit das gelingt, treiben
1232 wir die energetische Sanierung von Krankenhäusern voran und statten sie mit
1233 Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie aus. Außerdem sorgen wir dafür, die
1234 Ernährung für Patient*innen und Mitarbeiter*innen gesünder zu gestalten, um
1235 deren Zufriedenheit und Gesundheit zu erhöhen. Das Projekt KLIK- Klimamanager
1236 für Kliniken wollen wir in Niedersachsen aktiv umsetzen.

1237 **Im Notfall gut versorgt**

1238 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall. Egal
1239 ob Herzinfarkt oder plötzliche Rückenschmerzen am Wochenende: Damit alle
1240 Menschen in Niedersachsen bei akuter Krankheit rund um die Uhr die passende
1241 Hilfe bekommen, wollen wir das dreistufige System aus ambulantem
1242 Bereitschaftsdienst, stationärer Notfallversorgung und Rettungsdienst besser
1243 aufeinander abstimmen. An Krankenhäusern wollen wir integrierte Notfallzentren
1244 einrichten, in denen je nach Bedarf sowohl ambulante als auch stationäre
1245 Notfallbehandlungen erfolgen können. Erfolgreiche Modellprojekte wie
1246 Gemeindenotfallsanitäter*innen oder mobile Ersthelfer*innen wollen wir
1247 flächendeckend ausweiten. Dazu gehören auch Fahrdienste, die Menschen
1248 insbesondere im ländlichen Raum zu Bereitschaftsdienstpraxen oder Kliniken
1249 bringen, wenn kein Rettungswagen notwendig ist. Auch telemedizinische Angebote
1250 können die Notfallversorgung sinnvoll ergänzen. Rettungswagen wollen wir
1251 standardmäßig mit telemedizinischer Ausrüstung ausstatten, damit die Behandlung

1252 bereits auf dem Weg in die Klinik beginnen kann. Telenotärzt*innen können das
1253 Versorgungsangebot in einigen Teilen Niedersachsens sinnvoll ergänzen.

1254 **Gute Arbeitsbedingungen und Ausbildungsinitiative in der Gesundheitsversorgung**

1255 Eine alternde Bevölkerung, zusätzliche Aufgaben und Personalabbau in der
1256 Gesundheitsversorgung führen zu einem drastischen Fachkräftemangel in unserem
1257 Gesundheitssystem. Um einen zukünftigen Kollaps zu vermeiden, müssen wir jetzt
1258 verstärkt bei der Gewinnung von Fachpersonal in die Offensive gehen. Um dem
1259 wachsenden Bedarf an medizinischem Personal zu begegnen, schaffen wir GRÜNEN
1260 mindestens 200 zusätzliche Medizinstudienplätze. Wir setzen uns für die zügige
1261 Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen ein und schaffen
1262 Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme, um fehlende Kompetenzen und
1263 Sprachkenntnisse aufzubauen. Wir begrüßen das Vorhaben der neuen
1264 Bundesregierung, den Spurwechsel vom Asylsystem in die Arbeitsmigration zu
1265 ermöglichen. Die geplante Landarztquote alleine wird nicht ausreichen, um junge
1266 Ärzt*innen aufs Land zu bekommen; vielmehr wollen wir mit attraktiven
1267 Arbeitszeitmodellen sowie mit Teamarbeit und universitärer Anbindung mehr junge
1268 Ärzt*innen für die Arbeit als Allgemeinmediziner*innen auf dem Land begeistern.
1269 Nicht nur bei Ärzt*innen vergrößert sich die Versorgungslücke, sondern in allen
1270 Berufen des Gesundheitswesens. Nach anglo-amerikanischem Vorbild wollen wir
1271 sogenannte physician assistants in Niedersachsen ausbilden und einsetzen und
1272 damit Ärzt*innen um grundsätzlich delegierbare Aufgaben entlasten. Um den
1273 Fachkräftemangel in den Heil-, Pflege- und Assistenzberufen zu bekämpfen, wollen
1274 wir staatliche Schulen auf- und ausbauen und die bestehende
1275 Ausbildungsinfrastruktur kurzfristig finanziell absichern. Für
1276 Pflegeassistent*innen, Heilerziehungspfleger*innen, medizinische
1277 Bademeister*innen und Diätassistent*innen schaffen wir endlich das Schulgeld ab.

1278 Für die Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem wollen wir GRÜNEN flexible
1279 Arbeitszeitmodelle und eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie
1280 ermöglichen – etwa durch die Förderung von Krippen und Kitas direkt an
1281 Krankenhäusern oder Versorgungszentren. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem
1282 setzt eine ausreichende Personalbemessung sowie die Herstellung von guten
1283 Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung voraus. Investitions- und Fördermittel des
1284 Landes müssen deshalb an eine tarifliche Bezahlung gebunden werden (vgl. Gute
1285 Arbeit in Niedersachsen).

1286 Wir wollen Berufsaussteiger*innen durch Anreize wieder zurückgewinnen und durch
1287 Maßnahmen der Gesundheitsförderung, wie etwa Gesundheitssport, Coolout- und
1288 Burnout-Prophylaxen sowie Team-Supervisionen dafür sorgen, dass Fachkräfte
1289 möglichst lange gesund im Beruf bleiben. Für Menschen, die ihren Schulabschluss
1290 im Ausland erworben haben, bauen wir die Zugangshürden zu den Ausbildungen der
1291 Gesundheitsfachberufe ab. Ausländischen Fachkräften ermöglichen wir ein
1292 dauerhaftes Bleiberecht.

1293 **Pflegeberufe stärken**

1294 Pflegekräfte leisten eine unverzichtbar wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft,
1295 die mehr als Applaus verdient. Die Verantwortung, die Pflegekräfte in ihrem
1296 fachlich anspruchsvollen Job tragen, muss sich endlich auch bei Bezahlung und
1297 Arbeitsbedingungen niederschlagen. Die Gewinnung neuen Fachpersonals ist eine
1298 der großen Zukunftsaufgaben, zu der Niedersachsen seinen Beitrag leisten muss.
1299 Dazu wollen wir die Tarifbindung stärken, die Wirkung des neuen Pflegegesetzes
1300 evaluieren, ggf. nachsteuern und Leiharbeit begrenzen. Die durch die

1301 Bundesregierung in Aussicht gestellte Einführung wirksamer
1302 Personalbemessungsinstrumente begrüßen wir. Wir wollen die Zahl der
1303 Ausbildungsplätze in der Pflege deutlich anheben – dazu braucht es aber
1304 ausreichend Einrichtungen, die sich an der Ausbildung beteiligen. Wir sorgen
1305 dafür, dass durch Ausbildungsverbünde auch kleinere Krankenhäuser und
1306 Pflegeeinrichtungen sowie private Pflegeschulen gemeinsam zur Ausbildung von
1307 Pflegepersonal beitragen. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die betriebliche
1308 Mitbestimmung aller Auszubildenden an ihren Einsatzorten gesichert ist. Wir
1309 treiben die Akademisierung, Professionalisierung und Handlungsautonomie in den
1310 Pflegeberufen voran und eröffnen Pflegekräften damit attraktive Weiterbildungs-
1311 und Aufstiegschancen. Mit Pflegeakademien, wie es sie schon heute an der
1312 Medizinischen Hochschule Hannover gibt, wollen wir gezielte Weiterbildung im
1313 Pflegeberuf ermöglichen – etwa zur Pflegedienstleiter*in oder Praxisanleiter*in
1314 mit staatlichem Abschluss. In einem Modellprojekt im Studiengang
1315 Pflegewissenschaft werden wir qualifiziertes Personal nach international
1316 verbreitetem Vorbild als Community Health Nurses ausbilden und in der
1317 Primärversorgung einsetzen. Damit das gelingen kann, wollen wir uns auf
1318 Bundesebene für eine Reform der Heilberufverordnung einsetzen und Community
1319 Health Nurses dadurch mehr Handlungsautonomie ermöglichen.

1320 **Krankenversicherung**

1321 Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen sorgt nicht nur
1322 für eine Ungleichbehandlung von Patient*innen etwa bei der Terminvergabe bei
1323 Fachärzt*innen – dem Staat entgehen auch noch viele Millionen Euro, weil
1324 ausgerechnet einkommensstarke Menschen einen besonders geringen Anteil ihres
1325 Einkommens an die Versicherung zahlen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene
1326 für die Einführung einer Bürger*innenversicherung ein, in die alle
1327 Arbeitnehmer*innen einen fairen Beitrag einzahlen. Schon jetzt wollen wir
1328 niedersächsischen Beamt*innen echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung
1329 ermöglichen, indem wir ihnen, wie bereits in vielen Bundesländern praktiziert,
1330 einen Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung anbieten und sie nicht
1331 länger sowohl Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innenbeitrag selbst tragen
1332 müssen. Eine Mitgliedschaft in der privaten Krankenversicherung kann
1333 insbesondere für Beamt*innen in unteren Besoldungsgruppen, mit chronischen
1334 Krankheiten oder vielen Kindern sehr teuer sein.

1335 **Selbstbestimmte Geburt**

1336 Für Schwangere in Niedersachsen wird es immer schwieriger, eine Hebamme für die
1337 Begleitung der Schwangerschaft und Nachsorge nach der Geburt zu finden. Das Netz
1338 der Geburtsstationen in Niedersachsen dünnt sich immer weiter aus: In vier
1339 Landkreisen gibt es überhaupt keine klinische Geburtshilfe mehr – und die große
1340 Koalition schaut dabei zu. Die schlechte Personalausstattung auf
1341 Geburtsstationen führt vielerorts dazu, dass Hebammen bis zu fünf Frauen
1342 gleichzeitig betreuen. Währenddessen mehren sich Berichte von Frauen, die die
1343 Geburt als traumatisch erlebt haben. Ziel von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN ist eine
1344 selbstbestimmte Geburt durch eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung
1345 vor, während und nach der Geburt, eine Stärkung der Wahlfreiheit von
1346 Schwangeren, eine bessere Personalausstattung in der Geburtshilfe und eine
1347 verbesserte Versorgung unter der Geburt. Dafür wollen wir mehr Hebammen
1348 akademisch ausbilden, die Richtlinie 1:1-Betreuung unter der Geburt umsetzen,
1349 durch Hebammen geleitete Kreißsäle sowie Beleghebammen stärken und Geburtshäuser
1350 durch Investitionskostenzuschüsse fördern. Wir verankern die Geburtshilfe als

1351 Teil der Grundversorgung und sorgen so dafür, dass keine Frau in Niedersachsen
1352 mehr als 30 Minuten zum nächsten Geburtshilfeangebot fahren muss. Um
1353 finanziellen Fehlanreizen, die zu unnötig vielen Kaiserschnitten geführt haben,
1354 entgegenzuwirken, wollen wir Spontanentbindungen finanziell besserstellen. Es
1355 darf nicht sein, dass immer mehr Geburtsstationen aus ökonomischen Erwägungen
1356 geschlossen werden. Wir begrüßen daher, dass die Ampelkoalition im Bund
1357 kurzfristig für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung der Geburtshilfe
1358 sorgen will.

1359 **My body, my choice**

1360 Die Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, ist
1361 allein ihre. In dieser Zeit sind gute Beratungs- und Versorgungsstrukturen
1362 notwendig. Wir wollen, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen Teil der
1363 Regelversorgung wird und flächendeckend gewährleistet ist. Deshalb sorgen wir
1364 für eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und
1365 Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Ob Krankenhäuser mit einer
1366 gynäkologischen Abteilung Abbrüche durchführen oder nicht, darf nicht vom Träger
1367 oder von der individuellen Haltung der Chefärzt*in abhängig sein, sondern muss
1368 durch die landesweite Krankenhausplanung grundsätzlich sichergestellt werden.
1369 Wir stärken das Thema Schwangerschaftsabbrüche in der Lehre an unseren
1370 Universitäten nach international anerkannten Standards und bauen
1371 Weiterbildungsangebote für Ärzt*innen aus. Neben der professionellen
1372 medizinischen Versorgung ist gute Beratung wichtig. Deshalb wollen wir das
1373 Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen finanziell absichern und die
1374 freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Wir wollen in Ausbildung und Studium
1375 von Ärzt*innen und Hebammen für das Thema Gewalt unter der Geburt
1376 sensibilisieren und Qualifizierungsangebote für Beratungsstellen schaffen,
1377 sodass betroffene Frauen wohnortnah Beratungsangebote in Anspruch nehmen können.
1378 Wir begrüßen die geplante Streichung des §219a StGB, der Informationen über
1379 Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, und setzen uns dafür ein, dass die
1380 Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen endlich beendet wird.

1381 **Psychische Gesundheit verbessern**

1382 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise
1383 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit
1384 mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und
1385 ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen die Empfehlungen des
1386 Landespsychiatrieplans endlich um. Dazu gehört, die ambulante psychosoziale und
1387 psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu
1388 verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.
1389 Wartezeiten für stationäre Behandlungen auch jenseits von Notfällen wollen wir
1390 durch eine Erhöhung der bislang noch unterdurchschnittlichen Bettenzahl in
1391 psychiatrischen Kliniken reduzieren. Wir wollen mehr Fachpersonal ausbilden und
1392 psychiatrische Forschung und Lehre an unseren Universitäten stärken.
1393 Insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wollen wir Prävention,
1394 Früherkennung und Frühintervention strukturell verbessern und Behandlungsplätze
1395 ausbauen. Außerdem haben wir vor, ein größeres Augenmerk auf die Versorgung
1396 psychisch kranker Menschen mit Fluchterfahrung zu legen. Selbsthilfeangebote
1397 psychisch kranker Menschen fördern wir strukturell. Menschen mit
1398 Psychiatrieerfahrung und/oder Behinderung beziehen wir in die Prozesse zur
1399 Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen ein. Mit einer
1400 landesweiten Kampagne rücken wir das Thema psychische Gesundheit stärker in die

1401 Öffentlichkeit. Wir bauen durch Stigmata entstandene Hürden zur Inanspruchnahme
1402 von Hilfeleistungen ab.

1403 **Gesundheitsversorgung für alle**

1404 Für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz bestehen in Niedersachsen hohe
1405 Hürden beim Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Die fehlende
1406 medizinische Versorgung führt viel zu oft zu vermeidbaren und zum Teil
1407 lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen bei Betroffenen. Besonders hart trifft
1408 diese Situation Menschen ohne legalen Aufenthaltsstaus, die fürchten müssen,
1409 durch Inanspruchnahme medizinischer Leistungen abgeschoben zu werden. Diese
1410 Hemmnisse führen zudem zu erheblichen Erlösausfällen in Praxen und
1411 Krankenhäusern, da die fehlende Behandlung von Erkrankungen in einem frühen
1412 Stadium häufig zu akuten Notfallversorgungen führen, für die keine Kostenträger
1413 gefunden werden können. Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wurde erfolgreich ein
1414 Modellprojekt durchgeführt, das für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstaus
1415 mittels eines anonymen Krankenscheins die Kostenübernahme ärztlicher
1416 Behandlungen sicherte. Statt dieses Projekt fortzuführen oder gar auszuweiten,
1417 wurde es durch SPD und CDU beendet. Wir sorgen dafür, dass die
1418 Gesundheitsversorgung aller Menschen, unabhängig von ihrem Versicherungs- oder
1419 Aufenthaltsstatus, endlich flächendeckend gewährleistet wird. Dazu stellen wir,
1420 aufbauend auf den Erfahrungen des Modellprojektes und unabhängig vom
1421 Aufenthaltsstaus, einen anonymen Krankenschein flächendeckend für alle Menschen
1422 ohne Krankenversicherung zur Verfügung. Niederschwellige Angebote wie
1423 Straßenambulanzen und medizinische Beratung für Migrant*innen wollen wir
1424 finanziell absichern und für personelle Kontinuität in den Einrichtungen sorgen.
1425 Darüber hinaus ermöglichen wir Menschen dort, wo möglich, mit Beratungs- und
1426 Unterstützungsangeboten einen Weg in die aufenthaltsrechtliche Legalität und die
1427 gesundheitliche Regelversorgung. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass
1428 Sozialämter die Daten von Betroffenen für die Kostenübernahme von dringend
1429 notwendigen medizinischen Behandlungen nicht mehr wie bisher an die
1430 Ausländerbehörde weiterleiten müssen.

1431 **Für eine vernünftige und menschenwürdige Drogen- und Suchtpolitik**

1432 Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht
1433 erreicht. Bei Konsumdelikten erschweren die straf- und verkehrsrechtlichen
1434 Konsequenzen oft zusätzlich die berufliche und soziale Wiedereingliederung.
1435 Statt Repression und Verdrängung suchtkranker Menschen, die deren Situation nur
1436 weiter verschlimmert, setzen wir auf Prävention, Beratung und Unterstützung. Wir
1437 begrüßen die durch die neue Bundesregierung geplante legale und kontrollierte
1438 Abgabe von Cannabis. Das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land wollen wir
1439 finanziell absichern und ausbauen. Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch
1440 auf eine bedarfsgerechte Versorgung. Dafür ist es notwendig, Diamorphin ebenso
1441 wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen
1442 Behandlung und als Medikamente anzuerkennen und ihren Einsatz, in Verbindung mit
1443 sozialer Unterstützung, flächendeckend zu ermöglichen. Hierfür ist von höchster
1444 Bedeutung, dass mehr Hausarztpraxen Substitutionsbehandlungen anbieten; dies
1445 wollen wir unterstützen. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr
1446 Drogenkonsumräume ein, die für einen risikominimierenden Konsum von
1447 Betäubungsmitteln durch Abhängige ausgestattet sind. Sterile Hilfsmittel,
1448 Substitutionsbehandlung sowie Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den
1449 Strafvollzug. Wir wollen Modellversuche für Drugchecking-Angeboten ins Leben
1450 rufen, bei denen Konsument*innen, verbunden mit Präventionsangeboten, die

1451 Möglichkeit gegeben wird, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem
1452 Konsum zu erkennen. Für uns hat der aktive Nichtraucher*innenschutz und der
1453 Schutz vor einem verharmlosenden Umgang mit Alkohol hohe Priorität. Wir wollen
1454 die Aufklärungs- und Präventionsangebote absichern und in der Fläche ausweiten.

1455 **Für gute Pflege**

1456 Durch die gestiegene Lebenserwartung und den medizinischen Fortschritt
1457 verdoppelt sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2050 etwa –
1458 während die Zahl der Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden,
1459 stagniert. Um dem drohenden Pflegenotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf die
1460 Prävention von Pflegebedürftigkeit, auf verbesserte Arbeitsbedingungen,
1461 Qualifizierungen und eine starke Interessenvertretung der Pflegeberufe.

1462 Fast drei Viertel der Betroffenen werden durch Angehörige versorgt und gepflegt,
1463 die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Hochwertige ambulante
1464 und teilstationäre Angebote in Wohnortnähe wollen wir stärken und ausbauen. Dazu
1465 zählt besonders der Ausbau von Kurzzeit-, Tages- oder Nachtpflegeplätzen in
1466 Niedersachsen. Quartierspfleger*innen, die über bestehende Bedarfe und die
1467 geleisteten Hilfen informiert sind, könnten pflegende Angehörige erheblich
1468 entlasten und Überforderungssituationen rechtzeitig erkennen.
1469 Behandlungskapazitäten in geriatrischen Zentren bauen wir aus.